

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 6

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Amerikas Einladung an Chruschtschew

Am 5. August ging in Genf die *Außenministerkonferenz* der vier Mächte ergebnislos zu Ende, an der seit anfangs Mai über die deutsche Frage und insbesondere über die Zukunft Westberlins diskutiert worden war. Unter dem Druck der sowjetischen Drohung, einseitig den Status Berlins zu ändern und einen separaten Friedensvertrag mit dem kommunistischen Regime der Sowjetzone abzuschließen, hatten sich im vergangenen Frühjahr die Westmächte zu Verhandlungen bereit erklärt, und in der Folge hatte Chruschtschew sein am 27. Mai ablaufendes Ultimatum auf unbestimmte Zeit verlängert. Damit gewannen die westlichen Regierungen Zeit, und da ihre Einigkeit im großen und ganzen den sowjetischen Spaltungsversuchen standhielt, entgingen sie der Versuchung, durch einseitige Zugeständnisse einen fragwürdigen Konferenzerfolg zu erkaufen. Der Widerstand wurde ihnen durch Gromykos Haltung wesentlich erleichtert, der mit größter Starrheit an den sowjetischen Forderungen festhielt. Was aber sollte werden, wenn die Konferenz eines Tages unverrichteter Dinge auseinanderzugehen hätte? Diese Frage stellte man sich vor allem in Washington mit großer Besorgnis, wo man sich vor dem Risiko sah, über kurz oder lang die Festigkeit am Verhandlungstisch durch Unnachgiebigkeit in einer *militärischen Kraftprobe* untermauern zu müssen. Denn man zweifelte nicht an der Entschlossenheit Chruschtschews, den Konflikt um Berlin auf die Spitze zu treiben und die Amerikaner vor das Dilemma zu stellen, entweder ihre Truppen aus Berlin abzuziehen oder als erste zur Atomwaffe zu greifen. Diese über die Genfer Verhandlungsperspektiven hinausgreifenden Überlegungen waren es, die Eisenhower zu seiner Einladung an den

sowjetischen Ministerpräsidenten bewogen. Der Präsident wollte nichts unterlassen, was den Sowjetdiktator vor einer falschen Einschätzung der amerikanischen Kampfesgeschlossenheit bewahren und ihn von seinen gefährlichen Plänen abbringen könnte. Gleichzeitig hat es Verteidigungsminister McElroy unzweideutig klargemacht, daß die amerikanische Initiative zum Gespräch mit Chruschtschew kein Nachlassen der Verteidigungsanstrengungen bedeutet.

Illusionen und Pessimismus

In Erwartung des sowjetisch-amerikanischen Besuchsaustausches genießt die Welt eine *Atempause*. Schon die letzten Wochen der Genfer Konferenz waren nach den geheimen Abmachungen Washingtons mit Moskau nur noch ein diplomatisches Marionettenspiel ohne große politische Bedeutung. Die nächsten Schritte der Weltpolitik werden in den Gesprächen Eisenhowers mit Chruschtschew getan. Inzwischen schwanken die Kommentare zum Entschluß des Präsidenten zwischen exaltierten Illusionen und schwärzestem Pessimismus. Beifall findet er bei allen Anhängern der Koexistenz, die schon längst für Gipfelkonferenzen eintraten und in der Verständigung unter den beiden Supergroßmächten die Lösung aller Weltprobleme erblickten. Sie verschwenden keinen Gedanken darauf, daß der Gegensatz zwischen dem kommunistischen Expansionsdrang und dem Selbstbehauptungswillen der freien Welt durch die freundschaftlichsten Gespräche in der besten Atmosphäre nicht aufgehoben werden kann und daß die Drohung Chruschtschews nur in Watte verpackt, aber nie zurückgezogen worden ist. Schwer enttäuscht sind auf der andern Seite die Exil-

vertreter der osteuropäischen Völker, die immer davor gewarnt hatten, Chruschtschews Machtstellung innerhalb des Sowjetreichs durch eine Einladung nach Amerika zu stärken und seinen Appetit durch die Erfüllung eines lange verwehrteten Wunsches noch zu steigern. Man kann ihren Einwand nicht leicht übergehen, daß es ein ungeheures Entgegenkommen darstellt, wenn der rechtmäßig gewählte Präsident der USA den für unzählige Säuberungen und Hinrichtungen verantwortlichen ehemaligen Statthalter Stalins in der Ukraine, den absoluten Tyrannen über das Sowjetreich, von gleich zu gleich im Weißen Haus empfängt. Zwischen extremen Gegnern und Befürwortern stehen jene, die sich von der Reise Chruschtschews eine gewisse Revision seines von klassenkämpferischen Vorstellungen geprägten Amerikabildes versprechen und auf die Wirkungsmöglichkeiten hinweisen, die sich aus dem Gegenbesuch Eisenhowers in der Sowjetunion ergeben. Die Rußlandfahrt Nixons hat die Hoffnung geweckt, daß es möglich sei, dem russischen Volk das Bild des sozial aufgeschlossenen, friedfertigen und demokratischen Amerika vor Augen zu führen, das von der Sowjetpropaganda systematisch ins Gegenteil verkehrt zu werden pflegt.

Rücksprache mit den Alliierten

Das größte Problem wirft der sowjetisch-amerikanische Besuchsaustausch für den Zusammenhalt des Atlantikpakts auf. Jahrelang war es die Grundmaxime der amerikanischen Außenpolitik, daß es niemals zweiseitige Verhandlungen mit Moskau geben dürfe, weil das einen allgemeinen Wettlauf um die Gunst des Kremls und den raschen Zusammenbruch des atlantischen Bündnisses nach sich ziehen würde. Eisenhower hat sich deshalb beeilt, der Ankündigung von Chruschtschews Amerikareise die Versicherung folgen zu lassen, daß er mit dem Sowjetführer nur Gespräche und keine Verhandlungen führen werde und daß

er noch weniger gedenke, im Namen der Alliierten aufzutreten. Gleichzeitig gab er auch seine Bereitschaft bekannt, vor der Ankunft Chruschtschews nach Europa zu fahren, um die Ansichten der verbündeten Regierungen einzuholen. Wenn es zunächst so aussah, als ob die Konsultationen Eisenhowers vor allem dazu dienen müßten, den Ärger der westeuropäischen Regierungen zu beschwichtigen, so zeigte sich bald, daß diese das Experiment Eisenhowers durchaus gutheißen. Sie waren übrigens schon in einem frühen Stadium des Briefwechsels zwischen Eisenhower und Chruschtschew um ihre Meinung gefragt worden und hatten keine Einwendungen erhoben. Viel eher als vor einer Auseinandersetzung über das Vorgehen der amerikanischen Regierung sieht sich der Präsident vor der Aufgabe, Streitigkeiten unter den Alliierten zu schlichten, die mit dem Konflikt um Berlin in keinem Zusammenhang stehen und erst in dem durch die Besuche Chruschtschews und Eisenhowers geschaffenen Entspannungsklima richtig zum Ausbruch gekommen sind.

Frankreichs Stellung in der NATO

Besonders akut ist die Verstimmung zwischen Frankreich und England, das die französischen Ansprüche auf eine privilegierte Stellung in der NATO ablehnt und den Algerienkrieg mehr oder weniger offen verurteilt. Aber auch in Washington, wo man der Regierung de Gaulle immer einen Grad toleranter zu begegnen pflegt, hat der Beschluß, die Lagerung *amerikanischer Atomwaffen* auf französischem Boden zu verbieten, schweres Mißbehagen hervorgerufen. Außerdem sind die Amerikaner darüber besorgt, daß die französische Armee seit Jahren in Algerien gebunden ist und als Bestandteil des Defensivschilds der NATO ausfällt. Die Weigerung de Gaulles, an einer westlichen Gipfelkonferenz vor der Ankunft Chruschtschews teilzunehmen, ist zwar ein betrübliches Zeichen der Uneinigkeit unter

den Alliierten, hat aber den Vorteil, daß der General unbekümmert um Prestigerücksichten mit Eisenhower die Wünsche Frankreichs besprechen kann. Es scheint, daß de Gaulle sich mit dem Gedanken trägt, eine neue Formel der Assoziation *Algeriens* an Frankreich zu kreieren, die dem Unabhängigkeitswunsch des Landes entgegenkäme und die Amerikaner zufriedenstellen würde. Mit einer derartigen Initiative würde er sich allerdings in Gegensatz zu den nationalistischen und konservativen Kräften setzen, die ihn an die Macht gebracht haben. Andererseits könnte er damit rechnen, als Gegenleistung von Eisenhower eine Vorzugsstellung im Konsultationssystem der NATO zugestanden zu erhalten, wie er sie seit langem mit seinem Vorschlag eines Dreierdirektoriums für den Atlantikpakt anstrebt.

Weniger problembelastet als der Besuch in Paris sind Eisenhowers Besprechungen in Bonn und London. Daß Adenauer als erster begrüßt wird, ist angesichts der systematischen Kampagne Moskaus zur Diffamierung des westdeutschen Regierungschefs eine bewußte Demonstration der Solidarität mit dem exponiertesten NATO-Mitglied. Mit der Londoner Regierung fühlt man sich in Washington um so mehr einig, als der von den Bewunderern Macmillans verkündete britische Führungsanspruch in der westlichen Politik durch die Initiative Präsident Eisenhowers nun gegenstandslos geworden ist.

Die kommunistische Expansion

Die spektakuläre Wirkung der Begegnungen Chruschtschews und Eisenhowers sollte die Aufmerksamkeit nicht von jenen Schauplätzen ablenken, wo die sowjetische Infiltration im Schatten der Weltpolitik unablässig weitergeht. Zurzeit scheinen die kommunistischen Agenten in Südamerika und vor allem auf *Kuba* besonders aktiv zu sein. Genau wie die kommunistischen Tarnorganisationen im Irak verlangen soge-

nannte Arbeiterorganisationen, die den Regierungschef und Revolutionsführer Fidel Castro ständig ihrer Loyalität versichern, die Bewaffnung des «Volkes», das heißt der kommunistischen Anhänger, den Eintritt der «Arbeitervertreter» — lies: Kommunisten — in die Regierung und die «Ausmerzung der gegenrevolutionären Elemente». Die Übereinstimmung ist frappant und zeigt, wie die Weisungen der Moskauer Zentrale in allen Erdteilen befolgt werden.

Schließlich ist es in *Laos* wieder zu Kämpfen zwischen Regierungstruppen und kommunistischen Aufständischen gekommen, die nachweisbar Unterstützung aus dem benachbarten Nordvietnam (Vietminh) erhielten. Der an der Genfer Ostasienkonferenz von 1954 ausgehandelte Waffenstillstand für Indochina gab den kommunistischen Aufständischen in den beiden laotischen Grenzprovinzen Phong Saly und Sam Neua gewisse Garantien. Zur Überwachung wurde damals eine von Indien, Kanada und Polen gebildete Dreierkommission eingesetzt, die aber später ihre Tätigkeit einstellte, nachdem es der Regierung gelungen war, ihre Herrschaft in den beiden Provinzen zum größten Teil durchzusetzen. Erst bei dem Versuch, die letzten kommunistischen Truppeneinheiten zu entwaffnen, stieß man auf Widerstand. In Nordvietnam ausgebildete laotische Kommunisten drangen über die Dschungelgrenze ein und verwickelten die Regierungskräfte in Zusammenstöße, die jedoch nie zu schweren Kämpfen führten. Indien und die Sowjetunion haben nun die Wiedereinsetzung der Überwachungskommission gefordert, von der aber die laotische Regierung nichts mehr wissen will. Da das Gebiet von Indochina zum Einflußbereich Peking's gehört, muß man annehmen, daß der Befehl zum Aufruhr von China aus erteilt wurde, vielleicht in der Absicht, vor dem sowjetisch-amerikanischen Tête-à-tête die Forderung nach einem Mitspracherecht des asiatischen Millionenreichs in der Weltpolitik anzumelden.

Nemo

Brief aus London

Der Eisenhower-Besuch

Für Macmillan ist bekanntlich die Solidarität mit den USA die Grundlage der britischen Außenpolitik. Daher ist auch der bevorstehende Besuch Eisenhowers für die britische Regierung vor allem eine hochwillkommene Gelegenheit zur Unterstreichung dieser Solidarität vor aller Welt. Während der Außenminister-Konferenz in Genf war ja Selwyn Lloyd auch angewiesen, sich streng an diese Solidarität zu halten und auch anscheinend selbständige Vorstöße nicht ohne Einvernehmen mit seinem amerikanischen Kollegen Herter zu versuchen. Die einzige ernstliche Schwierigkeit verursachte die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf die im Oktober erwarteten Parlamentswahlen, um den Vorwurf der Opposition parieren zu können, die Regierung habe zu wenig getan, um alle Verständigungsmöglichkeiten mit den Russen zu erproben. Glücklicherweise hat der amerikanische Präsident das größte Verständnis für diese Schwäche, vor allem, weil er Macmillan und seinen Konservativen einen Wahlsieg sehnlichst wünscht. Niemand verdächtigt hier Eisenhower einer Tendenz zu einer bilateralen Verständigung mit Moskau.

Die Unterschiede zwischen der britischen und amerikanischen Außenpolitik im Kalten Kriege sind ja an sich äußerst gering. In Genf ist man gemeinsam bis an die äußerste Grenze von Konzessionsmöglichkeiten gegangen. Kein weiteres Nachgeben in den Fragen des Status quo in Berlin und der Wiedervereinigung Deutschlands kommt in Frage. Beide Regierungen wünschen heute eine Gipfelkonferenz mit dem Kremlgewaltigen, wenn auch nur um diese letzte und einzige Möglichkeit einer Verständigung nicht zu versäumen. Macmillan ist daher besonders erfreut über Nixons Bericht an den Präsidenten, weil er darin so sehr der Auffassung recht gibt, daß alle Konferenzen mit

den Russen reiner Zeitverlust sind, so lange sie nicht mit dem Alleinherrscher persönlich geführt werden. Für den britischen Ministerpräsidenten ist das eine große Rechtfertigung seiner eigenen, so sehr verpönten Reise nach Moskau. Eisenhower macht zwar seine Einwilligung zu einer Gipfelkonferenz noch immer von einer russischen Geste guten Willens abhängig. Da aber auch Chruschtschew offensichtlich eine Gipfelkonferenz wünscht, so mag er doch vielleicht wenigstens so tun als ob er zu ernstlichen Verhandlungen bereit wäre, wenn auch nur um es dann Gromyko im Starrsinn gleichzutun. Trotz den optimistischen Behauptungen britischer Blätter, daß unter Umständen eine Möglichkeit für positive Verhandlungen über Deutschland vielleicht doch gefunden werden könnte, wenn nur die Lenker der Geschicke der beiden Riesenmächte Vertrauen zueinander hätten, macht man sich in maßgebenden britischen Kreisen keine Illusionen darüber. Solange Rußland von Leuten regiert wird, für die das Leninsche Dogma der Weltrevolution die grundlegende Staatsräson der Sowjetunion bildet, kann von irgendeinem freiwilligen territorialen Zurückweichen des Kommunismus keine Rede sein. Ein gegenseitiges Vertrauen kommt nur insoweit in Frage, als ein «heißer Krieg» von niemandem riskiert werden kann — wenn er einen atomischen Weltkrieg bedeuten würde. Kein Staat will Selbstmord begehen nur um den anderen dabei mitzuvernichten. Das große Problem ist eher die Frage, was heutzutage einen Krieg ersetzen kann, wenn sich auf diplomatischem Wege keine der lebenswichtigen Fragen friedlich lösen läßt. Um so schwerer ist es, die öffentliche Meinung entsprechend über dieses Dilemma aufzuklären, wo doch der Opposition jede Gelegenheit recht ist, um sich als Löser dieses Rätsels hinzustellen, so bewußt unehrlich das auch ist.

Die Regierung bedauert natürlich, daß

die von ihr so erwünschte westliche Gipfelkonferenz an der Weigerung de Gaulles scheiterte, vor allem weil eine solche Konferenz die andauernde Solidarität der Westmächte Rußland gegenüber hätte neuerdings untermauern können. Andererseits ist man sich der Vorteile einer bilateralen Verständigungsaussicht zwischen Eisenhower und de Gaulle bewußt. Die letzten Meinungsunterschiede zwischen den angelsächsischen Mächten und Frankreich sind für ihre harmonische Zusammenarbeit in der NATO äußerst schädlich, und der amerikanisch-französische Streit über die Kontrolle von Kernwaffenlagern spielt dabei eine ganz besondere Rolle. Eisenhowers Entschluß, seine Besuche in Europa mit Bonn zu beginnen, wurde hier begrüßt, da dadurch der durch Adenauers geplante Reise nach London drohende Anschein einer britisch-amerikanisch-deutschen Verständigung ohne Frankreich wegfiel. Auch kann Europa ruhig sein, daß ihm kein neues Jalta droht.

Außer der Beteuerung ihrer Übereinstimmung in der Frage einer möglichen Gipfel-Konferenz als Versuch zur Lösung der Fragen, die sich in Genf als unlösbar erwiesen, bildet der Besuch Eisenhowers für Macmillan eine willkommene Gelegenheit zur Besprechung der Lage im nahen und fernen Osten. Es besteht hier nicht der geringste Zweifel, daß das Wiederaufleben der «Rebellion» in Nord-Laos von Moskau und Peking gemeinsam veranstaltet wurde, um während der durch die Besuche und Gegenbesuche in Washington und Moskau notwendigen Berliner Atempause über einen anderen kritischen Brandherd zu verfügen. Beide angelsächsischen Mächte sind in dieser Frage für eine Berufung an die Vereinigten Nationen und gegen die Wiedereinberufung der im Jahre 1954 in Genf eingesetzten gemischten Kommission für Laos. Diese Kommission bestand aus einem Inder, einem Polen und einem Kanadier und sollte die Wiedervereinigung mit Laos seiner zwei von Kommunisten (meist aus Nord-Vietnam) besetzten nördlichen Provinzen über-

wachen. Die Kommission war unfähig ihr Ziel wirklich zu erreichen, weil der von Warschau abhängige Pole alles tat, um die Wiedervereinigung von Laos zu sabotieren, und der neutrale Inder den Kanadier zu wenig unterstützte. Die Regierung von Laos ist absolut gegen die erneute Anwesenheit einer Kommission mit kommunistischen Mitgliedern auf ihrem Gebiet. Trotz den Illusionen des amerikanischen Botschafters in Warschau, Bearns, über Gomulkas angeblichen «Titoismus», teilen die Amerikaner und Engländer durchaus den Standpunkt der Regierung von Laos. Nehrus Bemühungen um die Wiedereinsetzung der Kommission blieben daher erfolglos.

Nixons triumphaler Empfang in Warschau seitens der Bevölkerung war eine überwältigende Demonstration gegen den Kommunismus, so sehr auch die polnische Regierung die Gelegenheit ausnützte, um auf amerikanische Wirtschaftshilfe für Polen zu drängen und titoistische Illusionen zu fördern.

Auch hinsichtlich der Lage im nahen Osten sind die Amerikaner und Engländer einig in ihrer vorsichtigen Einschätzung der Ereignisse in Irak, wo sich die Kommunisten mehr auf Anweisung des Kremlgewaltigen als aus Furcht vor General Kassem der Militärdiktatur unterworfen haben. Die von Nasser neuerdings zuwege gebrachte Einigung der Araberstaaten gegen Israel und ihre Ablehnung jeglicher Hilfe der Vereinigten Nationen zur dauernden Ansiedlung der aus Palästina geflohenen Araber machen die Gefahr einer militärischen Verschärfung der Blockade Israels akut. Dagegen hat die Entspannung in den Beziehungen zwischen Persien und der Sowjetunion die von den angelsächsischen Mächten übernommene Verantwortlichkeit für den Frieden im Nahosten erleichtert.

Das einzige positive Ergebnis der Genfer Außenminister-Konferenz, die Einwilligung zu einer Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen, ist im Augenblicke eher theoretisch. Die von der Konferenz vorge-

sehene paritätische Abrüstungskommission — an sich ein großes Zugeständnis des Westens — muß ja erst von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gutgeheißen werden und mag dort bald auf Widerstand seitens an der Beteiligung interessierter Neutraler stoßen. Auch im Fall des Zusammentrittes einer solchen Kommission machen sich Amerika und Großbritannien keinerlei Illusionen. Es ist ja heute ganz klar, daß für die Kremlgewaltigen alle Konferenzen mit dem Westen vor allem dem Zwecke dienen, die Anerkennung der «Deutschen Demokratischen Republik» in irgendeiner Form zu erzwingen. Alle bisherigen, von den Russen gemachten Schwierigkeiten in Verhandlungen über Abrüstung im allgemeinen und — wie gegenwärtig in Genf — in Verhandlungen über die Einstellung von Kernexperimenten im besonderen, wären leicht überbrückbar wenn nur der Westen auf den russischen Preis der «Koexistenz» eingehen würde, d. h. die Anerkennung der Zweiteilung Europas und Deutschlands. Alle «Pläne» betreffend «Disengagement» und «Neutralisierung» sind ja deshalb so naiv und unrealistisch, weil sie mit einer Garantie der bestehenden kommunistischen Verfassungen (inklusive derjenigen Ost-Deutschlands) verbunden wären. Eine kontrollierte Abrüstung gehört daher in den Bereich der politischen Träumerei und weder Eisenhower noch Macmillan sind Träumer. Sie wissen daher auch ganz genau, daß die Russen auf atomischer Abrüstung als Vorbedingung vor allem deshalb bestehen, um ihre ungeheure Überlegenheit in der konventionellen Rüstung zur Erzwingung ihrer Weltherrschaftsforderungen verwenden zu können. Auch sehen sie im Wettrüsten eine Bedrohung der kapitalistischen Wirtschaft.

Ebenso einig sind Eisenhower und Macmillan in der Erkenntnis der Notwendigkeit der Stärkung des Atlantischen Bündnisses durch entsprechende Überbrückung der Schwierigkeiten in ihren Beziehungen zu General de Gaulle. Die bevorstehende

Algerien-Debatte in den Vereinten Nationen und die Proteste der zum Commonwealth gehörenden afrikanischen Staaten gegen Frankreichs Kernexperimente in der Sahara machen das nicht leicht. Aber die Festigung der einheitlichen Front gegen die Sowjetunion hat ein anerkanntes Anrecht auf Priorität.

Die Freihandelszone

Der erfolgreiche Abschluß des Vertrages der sieben außerhalb des Gemeinsamen Marktes stehenden Mächte Westeuropas bedeutet im Augenblick eine Zweiteilung Westeuropas in zwei rivalisierende Wirtschaftsgruppen. Es ist jedoch bekanntlich die feste Absicht Großbritanniens, der Schweiz, der skandinavischen Länder und Österreichs nicht die neue Freihandelszone als ihr Endziel zu betrachten, sondern im Gegenteil einen Zusammenschluß mit dem Gemeinsamen Markte anzubahnen. Der Zusammenbruch der seinerzeitigen Verhandlungen mit den Mächten des Gemeinsamen Marktes zur Ergänzung desselben durch eine Freihandelszone machte dort ein anderes Vorgehen unmöglich. Die Schwierigkeit besteht jedoch darin, daß General de Gaulle dem Gemeinsamen Markte einen politisch-föderativen Charakter — unter Frankreichs Führung — verleihen möchte. Der Widerstand der anderen Mitglieder des Gemeinsamen Marktes gegen eine solche Entwicklung — solange England ausgeschlossen bleibt — macht zwar die Gefahr einer politischen Zweiteilung Westeuropas weniger akut, aber de Gaulles Ehrgeiz ist seit den Kriegsjahren hier viel zu bekannt, um nicht dauernde Sorgen zu erregen. Im Gegensatz zur wohlwollenden Haltung Westdeutschlands, Italiens und der Benelux-Staaten ist die Einstellung Frankreichs gegenüber dem Vertrage der sieben Mächte äußerst kühl und indifferent. Über Großbritanniens Europapolitik hängt daher die Gefahr einer solchen Zweiteilung wie ein Alpdrück. Für die

Sowjetunion dagegen ist gerade diese Gefahr die willkommenste Hoffnung im Arsenal ihrer Bestrebungen zur Sprengung des Atlantischen Bündnisses. Daher wird die große Bedeutung verständlich, welche die britische Regierung der Überwindung dieser Gefahr beimißt. Das Ziel der Wiedervereinigung Westeuropas, d. h. des wirtschaftlichen Zusammenschlusses aller in der Organisation für die wirtschaftliche europäische Zusammenarbeit vertretenen Staaten, ist daher für die britische Regierung ebenso wichtig wie die Festigung der Solidarität des Atlantischen Bündnisses. Großbritannien hat willig große Opfer gebracht, um den Vertrag von Stockholm zu ermöglichen, vor allem durch Konzessionen an die dänischen Lebensmittelproduzenten. Nachdem die britische Landwirtschaft größtenteils auf Zoll- und Quotenschutz gegen ausländische Konkurrenz aufgebaut ist und die durch die Präponderanz der Industriegebiete in der britischen Wirtschaft unumgängliche Einfuhr von Lebensmitteln der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Bande mit dem Commonwealth dient, wird das Problem der Koordinierung der Interessen der zum Commonwealth gehörenden Staaten mit Englands Verlangen nach Einigkeit mit Westeuropa zu einer Quadratur des Zirkels. Aber das Bewußtsein der Zugehörigkeit Großbritanniens zu Europa und der Priorität der daraus folgenden gemeinsamen Interessen machte in diesem Lande in letzter Zeit um so größere Fortschritte, als eben die politische und wirtschaftliche Realität des Commonwealth ständig an Bedeutung verliert und heute eher auf der Blutsverwandtschaft der «britischen» Mitglieder des Commonwealth, der durch monarchische Personalunion mit Großbritannien verbundenen überseeischen Staaten mit vorwiegend britischer Bevölkerung, beruht, als auf übrigbleibenden Bindungen mit Staaten die aus britischen Kolonien in Asien und Afrika hervorgingen und bereits oder bald repu-

blikanisch sind. Auch ist die gegenwärtige blühende wirtschaftliche Lage Englands sehr vom kontinentalen Markte abhängig.

Da eine Verständigung zwischen dem Gemeinsamen Markte und der Freihandelszone vor allem einer Verständigung mit Frankreich bedarf und diese zu den größten Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Großbritannien gehört, ist die Größe des darin enthaltenen Problems entsprechend eindrucksvoll. Leider gesellen sich zu dieser Schwierigkeit viele ganz unberechtigte, aber in Frankreich verbreitete Verdächtigungen, die ja auch schon während der letzten Außenminister-Konferenz ihre Rolle gespielt haben. Englands Solidarität und Interessengemeinschaft mit Amerika ist heute viel zu groß, um irgendwelche konkrete britische Abweichungen von ihrer gemeinsamen «Atlantischen» Politik (z. B. Rußland gegenüber) möglich zu machen. Großbritannien bleibt der Entente Cordiale treu und hat nichts gegen eine größere Rolle Frankreichs innerhalb der Nato, unter dem einzigen Vorbehalt, daß sie einigend und nicht spaltend wirkt. Großbritannien trägt keinerlei Verantwortung für afrikanische (und asiatische) «Intrigen» gegen Frankreich, auch dort nicht, wo noch das Commonwealth anerkannt wird. Die Richtigstellung dieser der vollen Wiederherstellung der Entente Cordiale so schädlichen Verdächtigungen ist um so wichtiger, als die antibritische Propaganda in Frankreich vom russischen Botschafter Winogradow mit Hilfe seiner französischen Freunde (nicht nur Kommunisten) sehr geschickt gelenkt wird und natürlich dem Zwecke der Sprengung der Nato-Solidarität dient. Um Winogradows Arbeit zu erleichtern, hat Chruschtschew bisher die algerische Exilregierung nicht anerkannt und zu verstehen gegeben, daß er zu einer bilateralen Verständigung mit de Gaulle bereit wäre. Es genügt nicht, sich bloß passiv auf Frankreichs Bündnistreue zu verlassen.

Adam Graf Romer

Wiens kommunistisches Feuerwerk

Die spektakuläre Eröffnungsfeier des Festivals mit den zuletzt heiseren Rufen «Frieden und Freundschaft!» beendigte ein halbstündiges Monsterfeuerwerk. Fraglos war den Regisseuren des «Weltbundes der demokratischen Jugend» (WBDJ) und des «Weltbundes der demokratischen Studenten» (WBDSt) vor 30 000 Zuschauern im Stadion Nachäffung und Mißbrauch des olympischen Gedankens besser geglückt als durch spätere Schaustellungen (darunter auch den Schlußappell vor dem Rathaus, das Wiens Gemeindeversammlung gegen Höchstpreise bereitwillig beleuchtet hatte).

Künstlerisch enttäuschten viele bunte Darbietungen der verschiedensten Berufsensembles. Die Studenten-Seminare, Berufs- und Interessententreffen und Filmvorführungen verrieten ihre kommunistischen Drahtzieher manchmal allzudeutlich: Referenten der westlichen Hemisphäre überboten einander zumeist in entwürdigender Herabsetzung ihrer Heimatstaaten, während Ostblock-Sprecher die Errungenschaften des «Sozialismus» ebenso selbstverständlich beweihräucherten. Organisatoren und Aufpasser trugen Sorge, daß jede dieser Versammlungen mindestens mit 60% Kommunisten durchsetzt und gegen «kapitalistische Störmanöver» gesichert waren. Ungeachtet aller Strategie ereigneten sich sogar anläßlich der kleinen Treffen wiederholt Zwischenfälle: In seinem Referat vor der ersten Sitzung des Internationalen Studenten-Seminars fiel z. B. ein Sudanese unvermittelt aus der Rolle und gedachte der «fortschrittlichen ungarischen Hochschüler, die sich im Oktober 1956 als Märtyrer bezeugt» hätten. Drei rumänische Junglehrerinnen wurden durch den herbeigeeilten Aufpasser fast handgreiflich aus einem Seminar entfernt, weil sie während der Konferenzpause mit einem westlichen Delegierten «heiße» Themen besprachen. Kein Wunder, wenn die vorher im Programmheft angekündigten Diskussionen in den meisten Seminaren abgesetzt wurden.

Infrastruktur der Festivalbesucher

Propagandaabsicht und Rollenverteilung der Festspiele bestimmten Zahl, Aufmachung, altersmäßige und politische Zusammensetzung der Delegationen aus Ost und West. Anstelle der mit 30 000 bezifferten offiziellen Festivalgäste erschienen insgesamt etwa 15 000 Delegierte, darunter rund 2900 aus dem Ostblock: Der Komsomol der UdSSR hatte eine 800 Festivalbesucher zählende Abordnung entsandt; die Kontingente aus Rotchina und den Volksdemokratien Europas und Asiens betrugen im Durchschnitt 300 bis 350 offizielle Teilnehmer. Sieht man von den Altersangaben der mitgebrachten Balletteusen, Sängerinnen, Schauspielerinnen, Mannequins ab (deren Kontrolle auch im Westen niemals stichhaltig wäre), ergibt sich: Das Lebensalter der östlichen Festivalteilnehmer lag für Männer allgemein zwischen 30 und 40, für Teilnehmerinnen über 25 Jahren.

Die Berufszugehörigkeit der östlichen Besucher zeigte im Querschnitt nicht gerade einen «sozialistischen» Charakter. Läßt man die Mitglieder der Künstlergruppen außer acht, so stellten Arbeiter aus Industrie und Landwirtschaft einen verschwindend kleinen Anteil der Delegationen; es überwogen Angestellte, auffallend viele «Kraftfahrer», Berufssportler, Mittel- und Hochschullehrer. Am Rande sei vermerkt, daß unter den 350 offiziellen Festivalbesuchern aus der Tschechoslowakei lediglich genau ein Dutzend echter Hochschulstudenten festzustellen waren. Dabei galt doch das Festival offiziell zum nicht geringen Teil einem Rendezvous der Studenten aus fast hundert Ländern des Erdballs! Mithin hatte der Ostblock zu dem Jugendtreffen bestgeschulte Parteiaktivisten und Politruks der mittleren Altersklassen delegiert, um die ideologische Zügelführung der übrigen Festivalbesucher aus der westlichen Sphäre zu gewährleisten.

Allein aus Südamerika und den nicht-

kommunistischen Ländern Asiens trafen mehr als 1200 Delegierte ein. Trotz der ägyptischen Absage stellte der arabische Osten und Westen (Maghreb) etwa die gleiche Teilnehmerzahl. Allerdings bleibt zu berücksichtigen, daß allein aus dem Irak über 400 offizielle Besucher angegeben wurden. Bei den Delegierten aus Fernost, Südamerika, Arabien, Schwarzafrika handelte es sich z. T. um Studierende dieser Länder an europäischen Hochschulen.

Herrschte aber sogar gegenüber den mit peinlicher Sorgfalt ausgesiebten Abordnungen der volksdemokratischen Nachbarländer Österreichs unter Veranstaltern und Aufpassern eine Atmosphäre krankhaften Mißtrauens, läßt sich in bezug auf viele Delegationen aus dem Westen nachweisen, daß sie von demokratischer Seite zu einem manchmal verblüffend hohen Prozentsatz unterwandert waren. Der neutrale Boden Österreichs erbrachte für die Drahtzieher des Festivals erstmals das ernsthafte Problem einer westlichen «Infiltration» in dieser weltkommunistischen Galavorstellung der Koexistenz!

«Ordner» probten: Volksdemokratie in Österreich

Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) hat seit der Unterzeichnung des Staatsvertrages nach Abzug ihrer Schutzmacht und anlässlich der letzten Parlamentswahlen das böse Geschick einer geplatzten Seifenblase erfahren müssen. Die einjährige Vorbereitungszeit des Festivals bescherte nun den KPÖ-Genossen durch Hunderte hochbezahlter Posten und Pöstchen wieder Vollbeschäftigung und erwirkte auch namhafte finanzielle Zuwendungen für den Parteiapparat. Wie weit lohnten sich diese Zuschüsse an die KPÖ wirklich und erleichterten sie die Durchführung des Festivals?

Eine einzige Gliederung der KPÖ — den «Ordner»-Dienst — ausgenommen, haben die kommunistischen Funktionäre, Kader und Mitglieder vor dieser allerdings

nicht einfachen Aufgabe organisatorisch vielfach versagt. Noch in der ersten Halbzeit des Festivals wurden die KPÖ-Beauftragten mit Eintrittskarten auf ihre Mitläufer und Mitmenschen losgehetzt, weil Stadthalle, Musikverein und Stadion anlässlich der kostspieligen Veranstaltungen meist gähnende Leere aufwiesen. Zu den Aufzügen und Kundgebungen vermochte die KPÖ jeweils nur eine sehr bescheidene Anzahl Demonstranten in Reih und Glied zu stellen.

Von dieser Regel machte auch die kommunistische Jugendorganisation der «Freien Österreichischen Jugend» (FÖJ) keine Ausnahme. Anlässlich der Eröffnungsfeier im Stadion marschierten z. B. über die Piste nicht mehr als rund 500 Blauhemden der FÖJ, vom 7jährigen Schulkind bis zum 40jährigen Berufsjugendlichen! Dafür konnten die Organisatoren des Festivals aus den Reihen der FÖJ wenigstens linientreue Knüppelgarden und Rollkommandos für den «Ordner»-Dienst rekrutieren. Dieser hilfpolizeiliche Festival-Dienst ließ weder an zahlenmäßiger Soll-Stärke noch zupackender Brutalität irgendwelche Wünsche der Drahtzieher offen: Die «Ordner» umschwärmten die Gastunterkünfte im Winterhafen, im Pratergelände, postierten sich als zudringliche Kontrolleure vor den Eingängen der Säle und Freilichtanlagen, bespitzelten Delegationen, schlugen mehrfach antikommunistische Delegierte, antikommunistische Fragesteller und Presseleute zu Boden usw. Wenige Hunderte jungkommunistischer Schlägergruppen demonstrierten jedenfalls für die einheimischen Wiener eine einprägsame Kostümprobe der unter weltkommunistischem Patronat angestrebten Wirklichkeit: Volksdemokratie in Österreich!

«Am Dollar hängt, nach Dollars drängt...»

Der variierte Mephistospruch gilt in besonderer Weise für die oberen Ränge der FÖJ, obgleich Käuflichkeit und Korruption dem

Funktionärs-Apparat der KPÖ keineswegs fremd waren und sind. Innert Jahresfrist erhielt die FÖJ allein bis zum Frühjahr 1959 vom Komsomol der KPdSU Spenden freier US-Dollars im Wert von mehr als 500000 Fr. Dieser für einen Jugendverein mit höchstens 1500 Mitgliedern in dem 7-Millionenstaat Österreich fürstliche Zuschuß sollte ausdrücklich und ausschließlich nur dem organisatorischen Wiederaufbau der FÖJ dienen. Festivalaufträge an die FÖJ wurden gesondert entschädigt. Als freilich die «graue Eminenz» des VII. Festivals, Vizepräsident des sowjetischen Komsomol W. P. Wdowin, auch noch die Stirne besaß, von der FÖJ für diese halbe Million Fr. eine Rechnungslegung zu verlangen, wurde ihm eine solche nur pauschal angeboten. Im Mai d. J. entdeckten schließlich die brüskierten Gönner der FÖJ in der Wiener Kassengebarung dieses Sonderkontos einen ungedeckten Fehlbetrag von über 100000 Fr. Immerhin überrascht eine solch meisterhafte Routine des Betrugs unter diesen noch jugendlichen Vorkämpfern des Weltkommunismus in Österreich. Angeblich hatten erst mehrfache Reklamationen aus Übersee eine KP-interne Untersuchung veranlaßt.

Zwischen Schäferspiel und Sabotage-Schulung

Von Sachkennern wird inzwischen der Finanzaufwand der Veranstalter des Festivals auf insgesamt mehr als 25 Mill. Fr. veranschlagt. Allein an freien Devisen der Freien Welt mußten für das kryptokommunistische Stelldichein schätzungsweise über 10 Mill. Fr. aufgebracht werden. Allein die Taschengelder für die höchstens 15000 Festivalbesucher (pro Tag und Teilnehmer je 100 österreichische Schillinge) beliefen sich auf über 2,5 Mill. Fr.

Haben Mühewaltung und großspuriger Aufwand der KP-Internationale für Draperie und Komparsen des koexistenzialistischen Schäferspiels in Wien wirklich ge-

lohnt? Auf Grund gewissenhafter Überprüfung des Tatbestandes läßt sich dazu folgendes feststellen:

1. Sogar der offizielle Verlauf des Festivals in der Hauptstadt des neutralen Österreich bestätigte die subversive «antikolonialistische» Leitlinie der koexistenzialistischen Rattenfänger.

2. Die eigentliche Regie des Treffens oblag nicht der im Januar d. J. offiziell eingesetzten «Ständigen Kommission des Internationalen Komitees zur Vorbereitung der VII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Frieden und Freundschaft», Wien I, Seilerstätte 15. Die maßgebende Befehlsstelle befand sich vielmehr in den bekannten «Russenhäusern» des Stadtbezirkes Wien-Währing. Der Sinn dieser Vorbereitungsarbeit hinter den Kulissen wurde augenfällig:

a) Vor und während der Festival-Dekade veranstaltete diese Befehlsstelle für ausgewählte westliche Teilnehmer in Wien selbst Sabotage-Schulungskurse. Meist stammten diese Lehrgangsteilnehmer aus Übersee und mußten, aus Tarnungsgründen, mit der offiziellen Delegation in ihre Heimatländer zurückkehren.

b) Im Anschluß an das Festival war zu Prag eine erweiterte ZK-Besprechung des WBDJ und der Junggewerkschafter des kommunistischen «Weltgewerkschaftsbundes» (WGB) angesetzt. Wie bereits üblich, erteilte die Botschaft der ČSR in Wien westlichen Prag-Fahrern das Visum z. T. auf losen Einlageblättern. Die Prager Konferenz war eine wichtige Generalstabsbesprechung zur kommunistischen Weltrevolte. Ihre Durchführung allein lohnte der KP-Internationale die verschwenderischen vordergründigen Festspiele in Wien.

3. Auch achtzehn Monate nach der denkwürdigen regierungsoffiziellen Genehmigung dieser weltkommunistischen Schaustellung in Wien bleibt festzuhalten: Der Erfolg des Festivals lag für den Weltkommunismus schon allein in der Tatsache beschlossen, daß seine Veranstaltung in der

Metropole eines neutralen und demokratisch regierten Staatswesens stattfinden konnte.

Trotzdem — demokratische Bewährung?

Wenn das Festival seinen Initianten trotzdem keine reine Freude bereitet hat, wenn die Demokratie dennoch einen Etappensieg verzeichnen darf, so lassen sich dazu folgende Gründe anführen:

Das schon früher bewährte Schweigen der demokratischen Presse Österreichs und die einhellige Ablehnung des unerbetenen kommunistischen Massenauftriebs durch die Wiener haben das «Weltereignis» um einen Großteil der eingeplanten Propagandawirkung in der Weltöffentlichkeit gebracht.

Wohl an die zweitausend jugendliche Freiwillige des überparteilichen demokratischen österreichischen Bundesjugendringes und ausländischer Jugendorganisationen des Westens haben Aufpassertum und Absperrung der Festivalbesucher durch die Veranstalter immer wieder durchbrochen, Gesprächspartner gefunden, Aufklärungsschriften verteilt, Autofahrten an den «Eisernen Vorhang» für etwa 700 Festival-

gäste durchgeführt usw. Es kennzeichnete dabei nur die allgemeine Sprachregelung, wenn an der Grenze kommunistische FÖJ-Jünglinge arabischen und afrikanischen Fahrtteilnehmern weiszumachen suchten, Österreich habe diese mörderischen Minenfelder, Verhaue, Gräben, Wachttürme gegen die friedliebenden benachbarten Volkdemokratien errichtet.

Es wurde in Wien während des Festivals nichts unterlassen, gerade den jugendlichen Gästen aus Übersee zu zeigen, daß man sie nicht mit den Drahtziehern des weltkommunistischen Täuschungsmanövers gleichsetze. Dagegen erteilte das sonst so verbindliche Wienertum Kundgebungen und Aufzügen geeichter Festivalteilnehmer immer wieder eisige Belehrung darüber, daß sich der kleine Mann der Straße nicht für dumm verkaufen läßt. Etwas von dieser kühlen und abschätzenden Abwehr des weltkommunistischen Feuerzaubers durch Wiens Bevölkerung und seine Presseorgane wäre jetzt und später einigen Superdemokraten und Sensationsmachern des Westens zu wünschen.

Gespräche von Mensch zu Mensch

Die Ergebnisse haben die Überlegungen bestätigt, die zur Aktion «Wahret die Freiheit» geführt haben: daß am Weltjugendfestival in Wien Menschen aus Afrika und Asien teilnehmen würden, die zwar marxistischer Lehre nicht völlig ergeben, ihr aber doch zugänglich und daher kommunistischer Einflußnahme besonders ausgesetzt sein würden; daß dem Westen sich hier Gelegenheit biete, mit diesen Menschen ins Gespräch zu kommen, ihre Anschauungen kennenzulernen und um Sympathie für westliche Lebensformen, um Vertrauen in westliche Haltung zu werben. Presse und Radio haben darüber berichtet, wie die Aktion ihre Aufgabe zu lösen versucht hat.

Gespräche von Mensch zu Mensch lassen

sich nicht in ein statistisches Begriffsnetz einfangen, individuelle Eindrücke nicht auf gemeinsame Nenner bringen und beliebig zu einer Bilanzsumme aufaddieren. Vielleicht gelingt es uns aber, an Einzelfällen das Typische hervorzuheben und am Besonderen doch das Allgemeine darzustellen.

Madiké habe ich in einem der zahlreichen kommunistischen Festival-Seminare kennengelernt, am internationalen Treffen junger Lehrer. Er saß am Tisch der Diskussionsleiter. Nur wenige haben die Referate so aufmerksam verfolgt wie er. Später verstand ich, daß Aufmerksamkeit und Konzentration selbstverständlich zu ihm gehören wie seine Würde, zu seinem Stil gehören wie das weiße Gewand und die regelmäßige Haar-

tracht. In einer Pause kam ich mit ihm ins Gespräch. Er sei Mitglied der senegalesischen Delegation am Festival. Ja, er sei Lehrer, Volksschullehrer in St. Louis. Wir hätten unser Gespräch mit jedem beliebigen Gegenstand eröffnen können, immer hätte es sich auf die Frage zubewegt, die Afrika gänzlich beherrscht: die Frage nationaler Unabhängigkeit. Das senegalesische Schulsystem habe Fortschritte gemacht, es entwickle sich weiter, weiter gegen die Widerstände, die es bei der französischen Verwaltung finde. Gewiß habe Frankreich dem Lande Dienste geleistet, wenn es die Leute Lesen und Schreiben gelernt habe. Aber Frankreich wolle seine afrikanischen Schüler nicht so ausbilden, daß sie fähig werden, es um Macht und Vorrechte zu bringen. Bildungsarbeit sei deshalb politische Arbeit, sei Aufruf zu Freiheit, vielleicht Freiheitskampf.

Madiké verwahrte sich dagegen, als Kommunist verstanden zu werden. Aber sein Glaube gehört der Idee einer Weltordnung, in der die letzte Gerechtigkeit Unterschiede von Herr und Knecht, von Herrenvolk und Sklavenvolk beseitigt. Und jetzt wurde deutlich, was der Freiheitsgedanke Madikés eigentlich meint: Freiheit von Unterdrückung ist soziale Freiheit. — Das marxssche Geschichtsbild steht afrikanischem Selbstverständnis zu Gebote, um die heutige Lage geistig zu bewältigen, der ganze Heilsglaube, der in der Vorstellung der ausbeutungslosen, klassenlosen Gesellschaft gipfelt. Immer haben wir es in Wien erlebt: Das afrikanische Selbstverständnis hat dieses Geschichtsbild ergriffen. Daß afrikanischer Freiheit von jener Macht, die sich auf Marx beruft, die größte Gefahr drohe, das kann kein Europäer einem Afrikaner so bald glaubhaft machen. «Wir haben 500 Jahre lang schlechte Erfahrungen mit euch gemacht; wir sind gerne bereit, es zehn Jahre mit den Russen zu versuchen.»

Willig hat mich Madiké ins Schweizer Zentrum im Palais Schwarzenberg begleitet. Man führt in einem Rokoko-Saal kein Streitgespräch; Riesengemälde und Gold-

stukkaturen, hohe Decken, prächtige Kristalleuchter zogen Madiké in ihren Bann. Ob es klug war, ihm europäischen Glanz gerade jetzt vor Augen zu führen? Madiké verstand. Im Ehrensaal haben wir ihn als Ehrengast empfangen. Ohne sich zu äußern ließ sich Madiké an den Bildern unserer Ausstellung vorbeiführen, an Großbildern von Kraftwerkbauten, Industrieanlagen. Vor einer Tafel aber blieb er stehen. «Ah voilà la famille suisse! C'est beau ça, c'est riche!» Ein Elternpaar und eine Schar Kinder stehen und sitzen um einen Tisch herum, eine Schüssel Kartoffeln und gedörrte Birnenstücke warten auf sie. — Das ist Reichtum. — Ob Afrika darauf vertraut, europäische individuelle Freiheit werde ihm geben, was europäisches Leben selbstverständlich besitzt?

Ich kehrte den Spieß um. Nicht Wohlwollen, europäisches Interesse fordere ein reiches Afrika. Europäischem Interesse könne Afrika vertrauen. Wir saßen im letzten Saal und tranken unsere Fruchtsäfte. «Sur l'Afrique» begann Madiké. «Sur l'Europe», erwiderte ich, «et sur l'Afrique; sans l'Afrique, l'Europe ne subsistera pas.» «Sur l'humanité alors, sur la solidarité mondiale!», schloß Madiké. Wie doch der Slogan «Friede-Freundschaft» jedes Wort von Verständnis so gründlich vergällt!

Sehr bald wurde es für uns Außenseiter schwierig, Festivalteilnehmer zu finden, die zu offenem Gespräch bereit waren. Die westlichen Aktionen waren bekannt geworden, «Anti-Festival» war ein Schlachtruf kommunistischer Ordner, man sprach von Agenten, die Washington und Bonn nach Wien gesandt hätten. «Geht hin, wo man euch bezahlt, 700 Schillinge kriegt ihr im Tag», so empfingen uns die Türhüter. Wir umgingen die Sperren, aber wie sollten wir das Mißtrauen unserer Gesprächspartner überwinden, die in uns bezahlte Agitatoren witterten, gröbliche Indoktrination erwarteten, die, wenn sie selbstbewußt waren, mit Lust und Spott zum Kampf antraten, wenn sie aber ihre Wächter fürchteten oder um

ihren politischen Glauben bangten, mit jedem Wort kargten? Beide waren echtem Gespräch, das Vertrauen voraussetzt, kaum zugänglich.

Er sei erstaunt über die Naivität, mit der westliche Organisationen die Festival-Teilnehmer zu beeinflussen versuchten, sagte mir Chuks, der Nigerier. Vor kurzem sei er Österreichern in die Hände gelaufen. Vom eisernen Vorhang, von Ungarn und Tibet sei die Rede gewesen. Seinen Fragen sei man aber schlecht begegnet. Englisch sei er angesprochen worden; daß er deutsch spreche, habe niemand bemerkt. So hätten denn die Österreicher unter sich in heimischem Dialekt zu verhandeln begonnen, seien lange nicht rätig geworden, wie er, der hartgesottene Afrikaner, zu behandeln sei. Schließlich habe er sich deutsch verabschiedet. «Bearbeiten sie Kommunisten nur, wenn sie sich ganz gründlich darauf vorbereitet haben.» — Wohlwollend stellte er sich mir trotz solcher Erfahrung zum Gespräch.

Chuks studiert in Dresden. Seine Sprache war scharf. Europa habe sein Recht auf Afrika verscherzt. Ein Verbrechen sei die Kolonialherrschaft gewesen, keine Ungeschicklichkeit, wie Schönredner dartun. Heuchelei sei das englische Gerede von Zusammenarbeit, die Kolonialmacht suche aus dem Bankerott zu retten, was eben noch zu retten sei. Wo Ausbeutung aufhöre, geschehe es unter dem Druck der Ostmacht. Vorbei sei die Zeit, wo sich Afrika habe ködern lassen. «You can fool somebody one time, but you cannot fool everybody many times.» — Ob er nicht bedauern würde, wenn Afrika, das sich nun doch von Europa löse, einem neuen Kolonialismus zum Opfer fallen würde? Wir sprachen vom Baltikum. Aber es ist eine Binsenwahrheit: man sieht, was man sehen will. Chuks bezweifelte die Echtheit meiner Quellen, wies auf die verfassungsmäßige Autonomie der ethnographisch selbständigen Teile der UdSSR hin, und endlich sprach er von kommunistischer Zukunftsgesellschaft, die a priori keine imperialistische Politik treiben könne. Das führte uns

auf die Grundlagen Marxscher Evolutionslehre und Prognose. Es ist nicht so leicht möglich, die kritiklose Vernunftgläubigkeit davon zu überzeugen, daß ihre Grundlage nicht Vernunft, sondern eben Glaube ist. Und es ist vollends unmöglich, diesen Glauben durch Worte allein zu erschüttern. Chuks lebt für Jahre in einem kommunistischen Staat. Nicht politische Neigung hat ihn dahin geführt, sondern das Stipendium, das die DDR gewährt. Großzügigkeit besticht. — Was nützt es dem Westen, wenn er auch ganz Afrika mit seinem Geld technisch entwickelte, der Osten aber die Afrikaner dazu erzieht, solche Entwicklungshilfe als kapitalistischen Ausbeutungsversuch zu betrachten?

Die Diskussion ist nicht nur Verständigungsmittel, sie ist auch eine Schranke. Nichts trennt gründlicher von einem Menschen als das Streitgespräch, wenn es den Widerpart dazu herausfordert, seine ganze Geisteskraft zur Selbstbehauptung einzusetzen. Man kann einen halben Kommunisten zum ganzen machen, wenn man ihn immer wieder mit gleichen Argumenten bestürmt. Singh, der junge indische Professor für politische Wissenschaften, hatte offensichtlich mehr solcher politischer Streitgespräche geführt, als seiner politischen Haltung gut bekam. Ich traf ihn im großen Restaurant des Messegeländes, im Zentrum kommunistischer Unterkunftsstätten. Beinahe mechanisch legte er mir seine Überlegungen vor. Ob ich ihm gestatte, während unseres Gesprächs Postkarten zu schreiben?

Er sei kein Kommunist und anerkenne die bekannte Regierungspolitik Indiens. Aber Singh hat sich in einer Weise geäußert, die nach Peking mehr als nach Delhi wies. Tibet sei ein unterentwickeltes Land, dem nur die autoritäre Intervention helfe. — Ob China nicht eines Tages auf die Idee kommen könnte, Indien sei ein solches unterentwickeltes Land? — Singh schrieb keine Postkarten, als er die Antwort suchte. Auch indisches politisches Denken beherrscht ein Mythos, der Mythos des gewaltlos errun-

genen Sieges. Was gegen England möglich gewesen sei, das sollte auch möglich sein gegen Rußland oder China. Keine Revolution wollte Singh als eine echte anerkennen, die nicht zum Erfolg führt. Erfolg trenne Revolution und reaktionäre Rebellion. — Ich glaube, so versuchte ich zu entgegenen, die kleine alte Schweiz habe Indien etwas zu sagen. Die Geschichte habe uns gezeigt, daß nicht bloß guter Wille allein Unabhängigkeit erhalte, sondern die tägliche Anstrengung, diese Unabhängigkeit mit allen Mitteln zu behaupten.

Manche Schwierigkeit, die dem Gespräch mit Menschen aus Afrika oder Asien im Wege stand, fiel dahin in der Begegnung mit Menschen aus den Ostblockstaaten. Wenn ein Ostdeutscher oder ein Bulgare es schon unternahm, Kontakt mit Westlern zu suchen, dann war er auch zum Gespräch bereit. Niemand hat ein Urteil darüber, wie zahlreich solche Begegnungen in Wien zustande kamen; sie drangen nicht an die Öffentlichkeit und haben sich journalistischer Berichterstattung entzogen. Aber sie haben stattgefunden.

Wir hatten uns bei einer öffentlichen Straßendiskussion kennengelernt. Als sich die streitenden Parteien voneinander gelöst hatten, sprach ich ihn an. Er war Mathematiker. Drei Abende bemühten wir uns vergeblich darum, Gelegenheit zu ruhiger Aussprache zu finden. Am vierten brachte er mir eine Karte für eine kommunistische Veranstaltung. Im Car seiner Delegation fuhren wir zusammen ins Pratergelände. Zwei Stunden hatten wir Zeit, miteinander zu reden. Er erzählte mir wahrhaft begeistert von seinem Beruf, von den Erfolgen der Mathematiker seines Landes, von der Organisation des Unterrichts, von der Mitarbeit seiner Schüler an den mathematischen

Wettbewerben der Stadt. Da war sichtbarer Erfolg des sozialistischen Staates, da war auch ein großer Bereich menschlicher Freiheit, die der kommunistische Staat seinem Bürger einräumen muß: der Bereich exakten wissenschaftlichen Denkens, der seinen Gesetzen folgt und keine politische Behinderung kennt. Vom Schulsystem kam die Rede auf Methodik. Ich hörte, an sozialistischen Schulen werde Mathematik nicht bloß doziert, sondern mit Rücksicht auf alle denkbaren Lernwiderstände auch expliziert, exerziert, repetiert und in allgemeiner Examination steter Kontrolle unterworfen. — Wie erstaunt vernahm er doch, daß in der Schweiz seit eh und je solche Methodik gebräuchlich sei. Es ist tatsächlich so, daß mein sehr gebildeter Partner den Westen bloß aus sozialkritischer Literatur des 19. Jh. kennt; da hat jede Information, die ich über unser Alltagsleben geben konnte, stärkste Wirkung. Lange ging es, bis er verstand, daß qualifizierte Arbeiter in einem kapitalistischen Lande imstande seien, selbständige Betriebe zu gründen. Aber er verstand.

Ein Ostdeutscher besuchte unsere Ausstellung. «Man sagt uns immer, unsere Kühlschranksproduktion werde jene des Westens in drei, vier, sieben Jahren einholen. Aber es fehlen uns ja nicht nur Kühlschränke, es fehlen uns tausend Dinge, kleine Dinge des Alltags. Wann soll der Staat an all diese kleinen Dinge auch nur denken können?» — Andere sind zu uns gekommen und haben ihre Sache mutig vertreten. Vor dem Westen haben sie sie mutig vertreten. Wenn sie aber wieder zu Hause sind, werden sie sich ihrer eigenen Kritik entziehen können, jetzt wo diese Kritik geschärft wurde in der Begegnung mit dem Westen?

Hansjörg Siegenthaler

Einer für alle . . .

Osteuropa-Bibliothek und Schweizerisches Ost-Institut

Man betrachte es nicht als eidgenössische Blasphemie, wenn hier die Hälfte eines Mottos, dem fast nationalschweizerischer Charakter zukommt, für eine ganz andere Thematik verwendet wird. Wenn hier vom Werk des Berners Dr. *Peter Sager* die Rede sein soll, dann nicht ausschließlich, ja nicht einmal hauptsächlich mit der Absicht, weitere Kreise damit bekanntzumachen und sie dafür zu interessieren, sondern weil ein staatsbürgerliches oder soziologisches Phänomen damit verknüpft ist. Die Frage stellt sich: Warum findet Sagers Sammlung bei den Spitzen einer Gesellschaft, die gemeinhin nicht nur als eminent politisch, sondern auch als mit politischem Fingerspitzengefühl versehen charakterisiert wird, verhältnismäßig so wenig Unterstützung? Warum kämpfen nur wenige einsichtige Köpfe für die Erhaltung des Werks? Doch sei nun erst einmal erzählt, wie es überhaupt zur Osteuropa-Bibliothek und zum Ost-Institut kam.

Es begann mit wenigen wissenschaftlichen Werken

Peter Sager stand weltanschaulich seit jeher dem liberalen Gedankengut nahe. Er besuchte die Schulen in Bern und in Lausanne. 1945 begann er in Bern mit dem national-ökonomischen Studium, und es machte keineswegs den Anschein, als ob seine Karriere sich von derjenigen der Freunde und Kameraden abheben würde. Schon während der ersten Semester entschloß er sich, seine Seminararbeiten und nach Möglichkeit auch die Dissertation um die Problematik des Kommunismus kreisen zu lassen: er hatte Aufstieg und Niedergang des Nationalsozialismus für sein Alter außerordentlich intensiv erfahren, und er sah zu Beginn im Bolschewismus vornehmlich eine im Prinzip ähnliche Gefahr für die freie

Entfaltung und für die Würde des Menschen. Er sah ein, daß man etwas zutiefst kennen muß, um es mit Erfolg bekämpfen zu können, und so verband er denn sein wissenschaftliches Streben mit seinem innerst-menschlichen Anliegen.

In diesen Jahren kaufte er seine ersten Bücher, die sich mit dem Wesen des Kommunismus in all seinen Schattierungen auseinandersetzten; er tat dies in keiner Weise zielgerichtet, vor allem nicht etwa in propagandistischer Absicht, sondern aus wissenschaftlichem Erkenntnisdrang heraus: sein Studium orientierte sich mehr und mehr nach der Durchdringung des Phänomens des Kommunismus, wobei er auch die Unterstützung seiner Dozenten genoß. Die dynamische, kämpferische Art Sagers erlaubte es ihm indessen nicht, als «Stubengelehrter» still in der Klausur ausschließlich reiner Forschung obzuliegen: er erkannte, daß die rasch anwachsende Bibliothek allmählich nicht nur ein wissenschaftliches Instrumentarium darzustellen begann, sondern daß sie ihm auch in politischen Auseinandersetzungen Argumente lieferte; er fühlte, daß die Bücher der Ergänzung durch Zeitschriften und Zeitungen bedurften, und so begann er, kommunistische Periodica zu abonnieren und Zeitungsausschnitte in großem Rahmen zu sammeln; schon 1946 gab er probeweise einen Pressedienst heraus, mit dem er — Sager zählte damals 21 Jahre! — gar nicht schlechte Erfahrungen machte; seine Kommilitonen stellte er in Keller- und Estrichräumen seines Hauses ein, wo sie gegen bescheidenes Entgelt an ausgeklügelten Karteien all der eingegangenen Bücher, Zeitungen, Zeitschriften und Ausschnitten arbeiteten.

Vielen Freunden schien damals Sagers Hobby phantastisch. Doch Sager ließ sich nicht beirren; er stellte auch einen längern

Aufenthalt an der Harvard University ganz in den Dienst seiner Sache; gerade in Amerika äufnete er seine Bibliothek auf ungeahnte Weise mit zum Teil sehr seltenen Werken. Sein Streben wurde mehr und mehr — man kann es nicht anders nennen — zur Besessenheit. Das ganze Vermögen opferte er, Familie und Freunde wurden in das Bemühen eingespannt, das Haus mußte von Grund auf umgestaltet werden, das Hobby entfaltete sich zur Mission.

In einem sollten die Freunde recht bekommen: Sagers Unterfangen erwies sich als uferlos. Immer mehr wuchsen die Bestände an; immer mehr Werke mußten angeschafft werden, damit die Bibliothek der Forderung gerecht würde, à jour und auch umfassend zu sein; immer mehr Bibliothekare und Schreiber mußten eingestellt werden. Die Fachwissenschaftler aus allen Ländern begannen sich zu interessieren; sie besuchten die Sammlungen, empfingen und gaben neue Anregungen, Fäden wurden gesponnen, Bern und das Kirchenfeld insbesondere begannen in der Erforschung des Kommunismus ein Faktor zu werden, Peter Sager konnte allein weder zeitlich noch geistig noch finanziell das Ganze mehr bewältigen; in der Schweiz fand er viel weniger Widerhall und Rückhalt als im Ausland, sei es in Westdeutschland, sei es in den USA. In Momenten der Hoffnungslosigkeit sah er die beste Lösung darin, die Sammlung zu jenen äußerst vorteilhaften Preisen, die ihm angeboten wurden, ins Ausland zu verkaufen.

Der heutige Stand der Bibliothek

Es müssen Zahlen genannt werden, obwohl diese bekanntlich nicht viel sagen. Heute sind vorhanden: 12 000 Bände, 50 000 Zeitungsausschnitte, 60 000 Mikroaufnahmen zum Teil unerschwinglicher, zum Teil nicht erhältlicher Werke; dazu läuft das Abonnement auf 400 Periodica. Es ist zweifellos eine wissenschaftliche

Sammlung; hervorragende Kenner wie die Professoren Gitermann und Bochenski oder wie der Chefbibliothekar des Instituts zur Erforschung der UdSSR (München), Dr. Hch. Schulz, bestätigen es. Drei Fünftel der Bücher sind im Generalkatalog der Landesbibliothek nicht angeführt, was heißt, daß sie in keiner Bibliothek der Schweiz aufliegen. So hat Dr. Sager die wohl einläßlichste Dokumentation über den Kommunismus geschaffen; in der Tat ist der ursprüngliche Name Osteuropa-Bibliothek zu eng gefaßt; das Charakteristikum der Sammlung liegt just darin, daß sie das Wesen des Kommunismus in der gesamten Welt erforscht.

Der Autoren- und der Sachkatalog (nach Dezimalsystem) erleichtern den Zugang; die verschiedenen Abteilungen veranschaulichen das Anliegen: Geschichte des Kommunismus und des Sozialismus; Geschichte des dialektischen Materialismus; Rechtswissenschaft; Verhältnis des Kommunismus zur Religion; Wirtschaft (Planwirtschaft, Kolchosen, usw.); Monographien und Biographien; Lexika, um nur einige zu nennen. Etwas weniger berücksichtigt scheinen die Technik und auch die Belletristik, aber die Bibliothek ist ja noch in stetem Wachstum begriffen. Auf jeden Fall darf man heute feststellen, daß hier sowohl der Wissenschaftler wie auch der Politiker, der Wirtschaftsführer wie der Banksachverständige eine unermessliche Fundgrube vor sich haben. Die Schweiz darf dieser einzigartigen Sammlung nicht verlustig gehen.

Wie kann man sie retten? Die Rechnung ist an sich sehr einfach: der Ankauf kostet 240 000 Franken und der Betrieb jährlich 90 000 Franken. Kann dieses Geld in der Schweiz bereitgelegt werden? Man sollte es meinen! Der verstorbene Bundesrat Feldmann, ein großer Freund der Sammlung, hat noch die Grundsteine für eine Neuregelung gelegt; in der Tat gewährte die Bundesversammlung in der Junisession 1959 im Rahmen eines Nachtragskredites Fr. 135 000 (100 000 an den Ankauf und 35 000

an den Betrieb), und der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung steuerte ebenfalls 60 000 Franken hinzu. Weitere Beiträge leisteten bis jetzt die Kantone Bern und Basel-Stadt. Diese Gesten belegen sowohl die politische wie auch die wissenschaftliche Wichtigkeit der Bibliothek. Wenn heute noch Schwierigkeiten bestehen, so insbesondere, weil die welschen Universitätskantone bis jetzt eine Unterstützung verweigerten und die Stadt Bern sich auf einen einmaligen Beitrag beschränkte.

Eine Umorganisation war unumgänglich

Es konnte nicht angehen, daß der Bundesrat die bisherige Institution unterstützt: zu sehr waren der wissenschaftliche und der politische Charakter miteinander vermengt. So drängte sich denn eine Umgestaltung auf, die auch aus organisatorischen Gründen begrüßenswert war. Der bisherige Bestand der Sammlung wurde am 16. Juni 1959 in die *Stiftung Schweizerische Osteuropa-Bibliothek* umgewandelt; dem Stiftungsrat gehören namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft an. Diese Institution soll ganz durch öffentliche Gelder gespeist werden: eine wissenschaftliche Sammlung, die durch die öffentliche Hand getragen wird.

Andererseits ist eine Schweizerische Ost-Institut AG ins Leben gerufen worden, die — gestützt auf die Erkenntnisse, welche die Bibliothek vermittelt — Veröffentlichungen über Wesen und Entwicklung des Kommunismus herausgibt. Diese Aktiengesellschaft (mit einem Verwaltungsrat und einem Beratenden Ausschuß) ist am 4. August gegründet worden. Sie veröffentlicht einen Informationsdienst (Presseübersicht der Oststaaten, nach Ländern getrennt, für Regierungsstellen, Wissenschaft, Großfirmen und Banken), einen Wirtschaftsdienst (wirtschaftliche Entwicklung für Firmen der Industrie, des Handels, für Banken und Verbände), den Freien Korrespondenz-

Dienst (Beurteilung weltanschaulicher, politischer und sozialer Ereignisse zuhanden von Zeitungen mit mittlerer und kleiner Auflage) sowie eine Schriftenreihe (Abhandlungen über Fragen des Ostens), wöchentlich neben den Monographien ca. 130 Seiten. Es besteht der Plan, in nächster Zukunft auch englische und französische Dienste zu veröffentlichen, die hauptsächlich in Asien und in Afrika Verbreitung finden sollen; damit würde eines der *dringlichsten Postulate* erfüllt, daß nämlich der Westen in den sog. unterentwickelten Gebieten dem kommunistischen Trommelfeuer endlich geistige Kampfmittel der westlichen Welt gegenüberstellt. Dieses Ostinstitut soll durch den Ertrag aus den Abonnements und durch private Zuwendungen getragen werden.

So ist also die gesamte Organisation im Augenblick im Umbruch; es muß aber betont werden, daß nichtsdestoweniger die Arbeit ihren Fortgang nimmt: nicht weniger als 4 Personen arbeiten in der Bibliothek und 18 im Institut, die Sammlung vergrößert sich und wird systematisiert, Presse- und Informationsdienste fließen heraus. Doch ist Peter Sager nicht über dem Berg, und er kann sich nicht in Ruhe seiner großen Aufgabe widmen. Es offenbart sich eben jenes Phänomen, von dem eingangs die Rede war: kantonale Regierungen bekunden Mühe, den wissenschaftlichen Wert der Sammlung zu erkennen und ihren bescheidenen Beitrag beizusteuern; Firmen scheinen den Wert einer umfassenden Ostorientierung nicht einzusehen, und die Abonnentenzahl ist überraschend gering. Wie ist dieses Desinteressement zu deuten? Einerseits bedauert man lebhaft, die «althergebrachte» antikommunistische Gesinnung nicht in Taten ausdrücken zu können, und andererseits scheut man ein geringes Opfer, durch das man nicht nur persönlich profitieren könnte, sondern durch das man auch wesentlich zum Kampf der freien Welt beitragen würde. Dies ist eines der Rätsel unserer Demokratie, wie es etwa auch die Stimmenthaltung darstellt: solche Erschei-

nungen wären es wert, einmal eingehend untersucht zu werden. Wie erlösend wäre es doch, wenn man das zur Überschrift verwendete Motto auch ergänzen könnte: nachdem Peter Sager 15 Jahre lang für alle

wirkte, sollten ihm nun auch alle helfen, sein Werk zu retten — einer für alle, alle für einen.

Rolf Deppeler

Was muß die freie Welt tun?

*Bericht über die 13. Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
(ASM) in Bad Godesberg*

Die Tagung war der Frage gewidmet, was in der freien Welt geschehen müsse, um in der jetzigen Phase des Kalten Krieges standhaft und überlegen zu bleiben.

Der Vorsitzende, Professor Dr. *Alexander Rüstow*, betonte, es müsse aus der neu gestrafften und ordnungspolitisch durchdachten freiheitlichen Idee eine Handlungsweise entwickelt werden, die endlich die Aufweichung unserer Linien verhindere. Die freie Welt habe in den letzten Jahren ungefähr das Gegenteil von dem getan, was zur Sicherung der Freiheit angebracht gewesen wäre. Wenn Chruschtschew in einem in Budapest gegebenen Interview mit Befriedigung habe feststellen können, daß sich die Weltlage in den letzten Jahren verbessert habe — und zwar für den Bolschewismus —, so habe dazu das falsche Verhalten der freien Welt mehr beigetragen als die Leistungen des Bolschewismus. Angesichts der starken äußeren Bedrohung sei der Integrationsgrad der einzelnen Völker der freien Welt noch nicht genügend entwickelt. Diese Festigkeit und der Wille zur Verteidigung seien unerläßlich. Die Bundesrepublik müsse in ihrer stark exponierten Lage ein Beispiel für die der Situation angemessene Haltung abgeben. Die tiefgreifende Wandlung der Weltlage, wozu auch die Abkehr vom Kolonialismus und die industrielle Entfaltung bisher zurückgebliebener Länder gehören, erheische fortschrittliche und auf die Gesamtentwicklung ausgerichtete Ideen. Gerade die Länder

Europas mit ihrer langen geistesgeschichtlichen Tradition seien dazu berufen, im Interesse der freien Welt zu wirken und den aufstrebenden Völkern nicht nur auf technischem Gebiet zu helfen, sondern ihnen auch bei der Lösung zahlreicher anderer Fragen beratend zur Seite zu stehen. Keinerlei Symptome sprächen dafür, daß der Bolschewismus in absehbarer Zukunft seine Weltherrschaftsansprüche aufgeben werde. Wider den eigenen Willen würden die Menschen dadurch im Zustand der kalten Mobilmachung gehalten. Im Kampf für die Menschlichkeit dürfe nicht nachgelassen werden. Die Tagung solle ganz im Zeichen dieser großen Aufgabe stehen.

Professor Dr. *Wilhelm Röpke* sprach über den *Umgang mit dem Bolschewismus*. Mit aller Deutlichkeit gab er einen Einblick in die Methoden des Kalten Krieges. Noch immer verharren zu viele Menschen in Gleichgültigkeit, denen Inhalt und Charakter des Zusammenstoßes zwischen Bolschewismus und freier Welt nicht im geringsten klar geworden ist. Die Schlagkraft gegenüber der Taktik des Bolschewismus könne nur durch diese tieferen Einsichten gefestigt werden.

Trotz bedrohlicher Situation und fortwährender Versuche geistig-moralischer Unterhöhlung durch die bolschewistische Ideologie bestehe kein Anlaß, zu verzagen. Die Prahlerei der Moskauer Gewalthaber stehe in einem lächerlichen Mißverhältnis zur

trostlosen Wirklichkeit des kommunistischen Wirtschaftsregimes. Die Männer im Kreml seien Realisten genug, um einzuschätzen, wie es in den Herzen der Satellitenvölker wirklich aussieht. Der Kommunismus werde nur noch von jener Gattung von Menschen in der freien Welt ernstgenommen, die von Togliatti mit dem wenig schmeichelhaften, aber treffenden Namen der «nützlichen Idioten» bezeichnet worden seien. Das eigentliche Problem liege nicht in der überschätzten Stärke des Kommunismus, sondern in der vorwiegend geistig moralischen Schwäche auf unserer Seite. — Nach einem berühmten Wort von Clausewitz müsse man die materielle Kraft der Gegner mit dem moralischen Koeffizienten multiplizieren, um zu wissen, wer überlegen sei. Trotz des unbestrittenen Absinkens des moralischen Koeffizienten im kommunistischen Imperium — einige unterentwickelte Länder und Individuen ausgenommen — sei es, in neutralem Sinne betrachtet, dem Westen immer noch überlegen. Die vielen Neutralisten, Koexistenzialisten, Pazifisten und fehlgeleiteten Christen seien ein deutliches Beispiel. Röpkes empfohlene Hauptregeln des rechten Umganges mit dem Bolschewismus sind die folgenden:

Erstens muß man sich stets der Tatsache bewußt sein, daß der Bolschewismus seiner Natur nach als die extremste und gefährlichste Form des Totalitarismus zu betrachten ist, der nach dem Verschwinden der anderen Diktaturen nur noch gestärkt worden ist. — Zweitens hat der Nationalsozialismus in Deutschland und Westeuropa die ausübende Form des Totalitarismus hinreichend demonstriert, um die Köpfe über diese Gefahr aufzuhellen. Die noch größere Gefahr des Bolschewismus liegt darin, daß gerade die Primitivität der Zersetzungstaktik bei vielen einfachen Menschen wirksam werde, während beispielsweise die nationalsozialistische Lehre vom deutschen «Herrenvolk» in Afrika oder anderswo wenig Anhänger gefunden haben dürfte. Warum aber sollen die Millionen,

die der Bolschewismus auf dem Gewissen hat, weniger wiegen als die Millionen von Juden? Ist nicht das eine so furchtbar wie das andere? Wir müssen uns wehren gegen einen hinkenden Antitotalitarismus und gegen dessen einseitige Abwehr, die sich gerade der Bolschewismus in vielfältigen Verbrämungen zunutze gemacht hat. — Drittens darf die vom Bolschewismus betriebene Politisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens nicht übersehen werden. Es gibt für ihn keinen Bereich, der nicht irgendwie politisch durchforstet wird. Der grundsätzliche Mangel der freien Welt liegt in der fehlenden Wachsamkeit gegenüber diesen vielfältigen Methoden der Einflußnahme. Wir sollten stets auf dem striktesten Gegenrecht bestehen und dem Bolschewismus keine einseitige Bewegungsfreiheit gewähren. — Der vierte Punkt betrifft die wirtschaftlichen Beziehungen. Der Handel mit einer völlig verpolitisierten Zentralverwaltungswirtschaft entbehrt des menschlich verbindenden Charakters. Jedes Geschäft mit dem Osten ist zugleich eine politische Transaktion. — Fünftens bedarf es der Einsicht, daß die politischen Funktionäre eines totalitären Staates im Grunde nicht legitimiert sind, das von ihnen beherrschte Volk als Ganzes zu vertreten. Regierung und Volk sind durch eine Kluft getrennt, die der Lehre des Bolschewismus widerspricht. — Sechstens bemängelt Röpke die Würdelosigkeit im Umgang mit dem Bolschewismus, die nicht auf Denkfehlern beruht, sondern aus einem eigentümlichen Gemisch von Snobismus, Eitelkeit und Dummheit hervorgeht. — Röpke schloß mit der Aufforderung, die Wachsamkeit gegen alle Unterwanderungsversuche zu erhöhen und den Weg des Widerstandes gegen den Totalitarismus mit Tapferkeit, Ehrlichkeit und Klugheit zu begehen.

Professor Dr. Franz Böhm sprach über *Die vier Säulen der Freiheit*. Der Kampf zwischen Freiheit und Herrschaft, der während der letzten 700 Jahre, also seit der Magna Charta libertatum, bei den großen abend-

ländischen Völkern zu einem Überwiegen des Prinzips der Freiheit geführt hat, ist in unserer Zeit mit nie dagewesener Heftigkeit neu entbrannt. In den letzten vierzig Jahren hat die Sache der Freiheit ihren größten politischen Rückschlag seit dem frühen Mittelalter erlebt, da sie zum ersten Male seit ihrer Proklamierung auch ideologisch in die Defensive gedrängt worden ist. Die Entwicklung steht in deutlichem Gegensatz zu großen revolutionären Vorgängen der Vergangenheit, wie der Revolution Cromwells, dem Unabhängigkeitskampf der USA, der französischen Revolution, die keinen außenpolitischen Machterwerb zum Ziele hatten, aber jeweils durch einen Zuwachs an äußerer Stärke belohnt wurden. Böhm folgert anhand dieser geschichtlichen Lehren, daß nicht die inhaltsleeren Freiheitsphrasen und das Tauziehen auf internationalem Parkett für die Sache der Freiheit entscheidend sind, sondern die Pflege der freiheitlichen Prinzipien im Leben jeder Nation, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Achtung vor der Verfassung. Die Freiheit, die in einer Demokratie verwirklicht sein sollte, ist ein zusammengesetztes Gebilde. Wie Böhm betonte, könne man geradezu von mehreren Freiheiten sprechen, von denen eine jede ihre besonderen Verfassungsinstitutionen, Schutzeinrichtungen und Sicherungen hervorgebracht habe. Böhm nannte als grundsätzliche Freiheiten die älteste, die rechtsstaatliche Freiheit, die spezifisch demokratisch-politische Freiheit, die bürgerlich-zivilrechtliche Freiheit und auch die marktwirtschaftliche Freiheit. Die wichtige rechtsstaatliche Freiheit gewährleistet den Schutz des freien Mannes gegen das Regiertwerden. Wie Böhm hervorhebt, müsse gerade gegenüber den Trägern der obrigkeitlichen Gewalt das rechtsstaatliche Prinzip mit drastischer Rücksichtslosigkeit gesichert werden. Böhm kam dann auf die bürgerliche Freiheit zu sprechen. Seit der Abschaffung der feudalen Gesellschaftsordnung sei die Privatautonomie eine wesentliche Säule des demokratischen Rechtsstaates. Diese echte Freiheit sei nicht ver-

liehen worden, sondern wie die rechtsstaatliche Freiheit aus der Beschränkung der Machtbefugnis entstanden. Die einzige Autorität oberhalb der Mitglieder der Zivilrechtsgesellschaft ist das Gesetz. Das Gesetz regelt auch das Verhalten im Rahmen des freien wirtschaftlichen Wettbewerbs. Die Konkurrenz ist ein sehr wirksames Entmachtungsinstrument. Entmachtung aber ist gleichbedeutend mit Freiheit. — Bei der Frage nach den Zielen der totalitären Diktatur im Kommunismus, der Lösung der sozialen Frage, der Verhinderung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, lasse sich mit Gewißheit aussprechen, daß dieses Problem mit Hilfe der absoluten Diktatur nicht gelöst werden könne. Niemals werde man auf dem Umweg über eine gewaltmäÙig erzwungene ökonomische Gleichheit zur Freiheit gelangen. Nur die freiheitliche Gesellschaftsordnung, errichtet und stabilisiert auf den erwähnten «vier Säulen der Freiheit», zeige den Weg zu einer wahrhaft humanen Lebensform, die es mit aller Kraft zu stärken und zu bewahren gelte.

Wolfgang Frickhöffer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der ASM, behandelte anschließend den Aufbau der «Säule vier», der freien Marktwirtschaft, unter dem Thema *Konsequente Wirtschaftspolitik*. Ausgehend von der Erkenntnis, daß eine Freiheitsordnung im Politischen, Moralischen und Sozialen nur bestehen kann, wenn sie durch Freiheit auch im wirtschaftlichen Bereich fundiert ist, muß gefordert werden, die freie Marktwirtschaft mit klaren ordnungspolitischen Vorstellungen zu verbinden. Deshalb legt Frickhöffer besonderen Wert auf das Adjektiv «konsequent», weil auf diesem Gebiet die Tendenz zum «Fortwursteln» groß ist und eine allgemeingültige Ordnungsgrundlage am längsten gefehlt hat. Bei einer rein pragmatischen Wirtschaftspolitik mit vielen Einzelmaßnahmen ohne klares Ordnungsschema werde häufig unternehmerische Verantwortung an den Staat abgetreten. Konsequente marktwirtschaftliche Politik bedeute nicht punk-

tuelle Schutzmaßnahmen für die Industrien. Die unternehmerische Sicherheit müsse allein in der Leistung liegen. Der Unternehmer habe seine Daseinsmöglichkeit und Daseinsberechtigung in der Marktwirtschaft zu erblicken. Dank ihren festgefügteten Institutionen biete die soziale Marktwirtschaft die Grundlage für eine allseits gesunde Entwicklung. Wenn sie auch den wahllosen Interventionismus ablehne, so spiele in ihrem System die Anpassungsintervention, zwecks Angleichung an veränderte strukturelle und gesamtwirtschaftliche Veränderungen, eine bedeutende Rolle. Auf diesem Gebiet sei Rüstow schon 1932 mit bahnbrechenden Programmpunkten hervorgetreten. — Anhand zahlreicher Beispiele aus der praktischen Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik demonstrierte Frickhöffer, wie im Sinne der sozialen Marktwirtschaft manches hätte besser gelöst werden sollen. Auch im Hinblick auf den in Entwicklung befindlichen Gemeinsamen Markt erweise sich die Notwendigkeit einer konsequenten Wirtschaftspolitik. Die Bedeutung der Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft werde sicher dazu beitragen, die Position in der großen ideologischen Auseinandersetzung zu verbessern und auch in den Entwicklungsländern deren Vorteile aufzuzeigen.

Dr. Gernot Gather von der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 sprach über *Die Bedeutung der Bildungsreform*. In Arbeitskreisen von Industrie- und Berufsverbänden behandle man neuerdings Erziehungs- und Ausbildungsfragen. Von vielen werde das Bildungsproblem als soziale Frage verstanden und auch entsprechend beachtet. Dieses Postulat sei geradezu der zeitgemäße Ausdruck des Strebens nach Gleichheit der Chancen für alle im beruflichen Fortkommen. Durch eine möglichst weitgehende Beseitigung der künstlichen Ungleichheiten könnten sich die natürlichen Veranlagungen der Menschen frei auswirken. Die viel beachtete sowjetische Erziehungsreform stelle eine bedeutsame Herausfor-

derung dar. Die vielschichtigen Motive zu dieser Reform, die nicht zuletzt als ein Angriff auf die Kastenbildung seitens der Führungsintelligenz zu werten seien, führten zu einer Bildungspolitik, die als Instrument wirtschaftlicher Planung und machtpolitischer Geltung benutzt werde. Bei unserem Bildungssystem obliege es jedem Einzelnen, die gebotenen Freiheitschancen zur persönlichen Entfaltung aus eigener Initiative zu nutzen. Diese verfassungsmäßig verankerten Freiheiten umfassen die politische Willensbildung, die Freiheit der Berufswahl und die Freiheit der Meinungsäußerung. Es bestehe kein Zweifel, daß unser Bildungssystem nach Geist, Inhalt und Methode reformbedürftig sei. Der Geist des westlichen Bildungssystems sei noch zu sehr auf Privilegierung weniger abgestellt, inhaltlich werde mancher unnütze Ballast mitgeschleppt und methodisch sei man in den Schulen vielfach noch zu autoritär. Der Rahmenplan des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen habe Berufsschule und Hochschule noch ausgelassen, was zwecks Beseitigung des ständisch gebundenen dreiteiligen Schulwesens zu bedauern sei. Die Bildungsfrage enthalte eine Bewährungsprobe der Demokratie, wobei sich zeigen müsse, ob man das als notwendig Erkannte auch befolgt und zwar unter freiwilligen Opfern, die erbracht werden müßten.

Über *Die weltpolitische Situation* sprach Professor Dr. Carl J. Friedrich. Vor zwei Jahren anlässlich einer ASM-Tagung befragt, ob die USA eine Idee zur Weltpolitik hätten, habe er noch mit Nein geantwortet und sei wegen seiner angeblich pessimistischen Ansichten angegriffen worden. Die Situation habe sich in der Zwischenzeit insofern verändert, als sich der Unterschied in der waffentechnischen Ausrüstung zwischen den USA und Rußland weiter verringert habe. Die kleinen und größeren Brandherde in den verschiedenen Teilen der Welt würden vorwiegend von innen her geschürt. Den umfangreichen Abrüstungsplänen fehle

die wesentliche Grundlage, nämlich das Vertrauensverhältnis. Die Entwicklung der letzten Zeit habe viel dazu beigetragen, daß man sich in wichtigen Fragen, wie beispielsweise der Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland, von Illusionen befreit habe; Berlin habe im gesamten Ost-West-konflikt eine symbolische Bedeutung erlangt. Die zukünftige Entwicklung stehe wohl für lange Zeit unter dem Zeichen der Vorgänge in den Entwicklungsländern, deren Lage man erst reichlich spät verstehen lerne. Diese Länder seien weder für die parlamentarische Demokratie noch für die totalitäre Diktatur reif, beides späte abendländische Formen politischer Gestaltung. Friedrich nimmt an,

daß die scharfe Polarität Washington-Moskau während der 50er Jahre nunmehr eher verblasse. Es bestehe die Möglichkeit, daß sich eine Welt großer föderaler Kulturgemeinschaften zu bilden beginne, deren jede hundert Millionen oder mehr Menschen umfasse. Die Mitarbeit am Aufbau der Entwicklungsländer sei die vornehmste Aufgabe für die nächsten Jahrzehnte.

In seinem Schlußwort dankte Professor Rüstow allen Rednern und mahnte daran, der unerbittlichen Präsenz des «Kalten Krieges» stets eingedenk zu sein und in den Bemühungen um die Festigung der Position der freien Welt nicht nachzulassen.

Wolfram Dürr

Hilfe für Gestrauchelte

Wie ist der Barometerstand der Kriminalstatistik? Vibriert die Nadel Richtung «Heiter» oder Richtung «Sturm», wenn wir klopfen? Manch einer fragt so, den die Sorge beunruhigt, ob die heutige Strafrechtspflege die Gesellschaft vor rechtsbrecherischen Elementen zu schützen vermag. Und manch anderer erwartet nichts vom Ablesen dieses Barometerstandes, weil er weiß, wie vieldeutig die Ziffern der Statistik sind, und auch deshalb, weil er beim «Schutz der Gesellschaft vor kriminellen Elementen» an die Gesellschaft selbst denkt, aus deren Schoß diese Elemente hervorgingen, und weil er dann beim Nachdenken hierüber nicht mehr leugnen kann, daß auch er selbst ein Glied dieser Gesellschaft ist. Und wenn er die Formel probieren sollte: Jede Gesellschaft hat die Kriminalität, die sie verdient, dann wird er leise, wie für sich selbst, hinzufügen: und jeder von uns hat die Gesellschaft, die er verdient. Und er wird der Beziehung, in der er als «Unvorbestrafter» zum «Vorbestraften» als moralisch Arrivierter zum «Gestrauchelten» oder gar «Gescheiterten»

— auch von innen her — steht, größere Aufmerksamkeit schenken als bisher.

Die Evangelische Konferenz für Straffälligenpflege in Deutschland tagte heuer in Bad Boll. Ihr ging ebendort die schon viele Jahre thematisch und personell eng mit ihr verbundene Konferenz der Evang. Strafanstaltspfarrer voraus. Ihre Leitung lag in der Hand des Präsidenten des von Wichern gegründeten «Zentralausschusses für Innere Mission», P. D. *Münchmeyers* in Stuttgart. Durch alle Referate und Diskussionen hindurch wurde darum gerungen, wie die Frage nach einer wirksamen Hilfe für die Gestrauchelten einer Antwort näher gebracht werden könne. Auch die vorangegangene Tagung fragte nach dem «sozialpädagogischen Leitbild im Erziehungsstrafvollzug» (Direktor Dr. *Rünger* vom sozialpädagogischen Seminar in Bad Treysa). Der Dienst des Sozialpädagogen im Erziehungsvollzug ist (genau so wie der Dienst des Arztes, des Seelsorgers, des Psychologen und Anstaltslehrers) ein Dienst am *ganzen* Menschen und ist darum auch in einer Zeit, in der es eigentlich kein

sozialethisches Leitbild gibt, nicht ohne Richtmaß und Leitbild. Er ist — geschichtlich gewürdigt — hervorgegangen aus dem Dienst an der «unsterblichen Seele», wie er von der (christlich-)humanistischen Sozialpädagogik seit Goethe, Pestalozzi und Howard verstanden und geübt wurde. («Du kannst sie [sc. die Gefangenen] wieder mit sich selbst und mit ihren Mitmenschen versöhnen und an deiner Hand dahinleiten, daß sie zu einer friedlichen Ruhstatt kommen», drückte es Pestalozzi in seiner Denkschrift nach dem Besuch der Zürcher Strafanstalten aus.) In der Formulierung des westdeutschen Jugendgerichtsgesetzes (JGG), daß der straffällige Jugendliche instandgesetzt werden soll, künftig ein «rechtschaffenes und verantwortungsbewußtes Leben zu führen», wirkt Goethes Hoffnung nach: «Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.» Es gibt keine Freiheit zur Schädigung des Mitmenschen! Aber nur dort, wo das Bemühen des Sozialpädagogen auf das Schuldbewußtsein des Verurteilten trifft oder diesem — vielleicht latenten — Schuldbewußtsein zum Durchbruch verhilft, kann auch wirklich geholfen werden. Wiederum aber kann sich der Verurteilte nicht in jedem Falle mit dem Schuldvorwurf des Urteils identifizieren, und im Widerspruch gegen den Schuldspruch kann mitunter eine fruchtbare Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensgeschichte, ihren «Hypothesen», ihren fremdverschuldeten Belastungen, ihren charakter- und seelenbürtigen Eigenspannungen anheben, die nicht zum christlichen Schuldserlebnis im präzisen Sinne zu führen braucht und doch den Boden für einen umfassenden und verlässlichen Neubeginn bildet.

Der Mainzer Gerichtspsychiater Dr. habil. Kluge versuchte, «äußere und innere Einflüsse bei der Entstehung von Straftaten» zu unterscheiden und aufeinander zu beziehen und warnte davor, den berühmten § 51 des Strafgesetzbuches (StGB) — ganze oder teilweise Unzurechnungsfähigkeit des Angeklagten — zu überfordern. Auch dem erblich oder umweltlich schwer Geschädigten kann,

solange er sich seiner Entscheidungen und Vorentscheidungen einigermaßen bewußt ist, die Verantwortung für diese Entscheidungen und Vorentscheidungen nicht ganz abgenommen werden. Und im Grunde wehrt sich der Schuldige auch dagegen, daß er «für dumm (oder «verrückt») verkauft» werden soll — er weiß, daß er nicht mehr ernst genommen wird, als Mensch, als Person annulliert wird, wenn ihm die Schuldfähigkeit und die Strafwürdigkeit abgesprochen wird. Doch trat in der Aussprache erneut die Schwierigkeit hervor, zu erkennen, wie weit der erb- und milieugeschädigte Täter *faktisch* frei entscheiden *konnte*, wie weit er sich auch in seiner Sprache «verantworten» kann, wenn das Frage- und Antwortspiel des ärztlichen Gutachters, des Richters in einer «Fremdsprache» abläuft, die ihn, den Angeklagten, notwendig verstummen lassen muß, bevor er antworten kann, «wie ihm der Schnabel gewachsen ist»? — Prof. Dr. Herrmann, jetzt an der juristischen Fakultät der Universität Göttingen, beleuchtete aus seiner jahrzehntelangen Praxis als Vollzugsanstaltsleiter die «Fragen des Strafvollzugs im Zusammenhang mit der Strafrechtsreform». Im Unterschied zum JGG war das StGB bisher ohne klare Bestimmung darüber geblieben, welchen Zweck, welche Aufgabe der Strafvollzug überhaupt haben soll. Der § 2a des Entwurfs zum neuen StGB nennt Schutz der Gesellschaft, Sühne, Wiedergutmachung, Prävention, Wiedereingliederung des Rechtsbrechers in die Gesellschaft. Welchem Gesichtspunkt sollen nun die andern Gesichtspunkte untergeordnet werden? Zudem: es gibt nicht einmal einen einheitlichen westdeutschen Strafvollzug, da die einzelnen Bundesländer im Besitz der Justizhoheit sind. Wer in bestimmten Straßen von Hamburg-Altona zum Beispiel einen Einbruch verüben möchte, überlegt sich, ob er das in Haus Nr. 97 oder 98 tut, weil er je nachdem Aussicht hat, ins Strafgefängnis Neumünster (für Holstein) oder Fuhlsbüttel (für Hamburg) zu kommen. Die Unterschiede im Landesvollzug sind für den

Täter dann unter Umständen gravierender als die Unterschiede im zu erwartenden Strafmaß! Und welch schreckliche Not ist durch die Überfüllung der meisten bundesdeutschen Anstalten heraufbeschworen! Nicht selten müssen in Einzelzellen drei Insassen übereinander untergebracht oder regelrechte Schlafsäle eingerichtet werden. Man hat deshalb schon das bittere Wort vom «Anstekungsvollzug» geprägt. Dies dem Verurteilten zusätzlich zugefügte Übel hebt einfach die Gerechtigkeit auf (wobei wir nicht vergessen wollen, daß wir *alle* kriminelle «Bazillenträger» sind!). Zudem zwingt die Überfüllung zu ständigen Zellenverlegungen innerhalb der Anstalt, so daß der Gefangene nicht einmal mehr in Ruhe «brummen» kann, geschweige denn, daß die von den verantwortlichen Beamten für richtig befundenen Methoden klar und sauber durchgeführt werden können! Damit ist die Überzeugungskraft des «Erziehungsvollzugs» aufs schwerste gefährdet. Der Entwurf zum StGB hilft uns dabei leider gar nicht, weil er ein Strafvollzugsgesetz bereits voraussetzt und weil man fragen muß, ob er mit der grundsätzlichen Beibehaltung der Zuchthaus- neben der Gefängnisstrafe sich nicht des «Etikettenschwindels» schuldig macht: denn in der Praxis des Vollzugs unterscheiden sich die Zuchthäuser überhaupt oder fast nicht mehr von den Gefängnissen, aber wer zur Zuchthausstrafe verurteilt wird, wird damit von vorneherein und für Lebenszeit zu einem Menschen zweiter Klasse gemacht, so daß, was der allein übergeordnete Zweck der Strafe sein sollte, die Wiedereingliederung in die Gesellschaft unmöglich gemacht ist. Kann der heutige Vollzug selbst dem neuen Gesetz etwas Gesichertes an die Hand geben? Das Erste und Wichtigste wäre das redliche Eingeständnis, daß «im Gefängnis alles anders» ist und wir auch bei aufmerksamster Aufsicht wenig wissen von dem, was sich in und zwischen den Gefangenen abspielt. Wie selten auch können wir die äußeren und inneren Einflüsse beim Delikt befriedigend klären! Dabei sollte Prinzip

sein, eine «verbrecherische Anlage» nur dann beim Täter zu postulieren, wenn mit Sicherheit alle andern Faktoren herausgearbeitet sind! Wie viel «Schlechtweggekommene» (Leute mit roten Haaren, mit deformierten Gesichtszügen) fallen uns auf (bedrücken solche «Stigmata» nicht von vorneherein das Selbstwertgefühl)? Hier ist, um solchen Belastungen auf die Spur zu kommen, «team-work» nötig. Dem nivellierenden und die Eigeninitiative lähmenden Einfluß der Anstaltsdisziplin muß eine echte «Hilfe zur Selbsthilfe» entgegenwirken. (Viel mehr sollten wir den Gefangenen zur Mitverantwortung heranziehen und ihn auch durch eigene Mitarbeit den Geschmack an den Gaben und Gütern des Geistes wecken.) — Prof. Herrmann berichtete ermutigend von seinen Erfahrungen dabei. Wenn wir anfangen, in dieser Weise Forderungen an den Gefangenen zu stellen, wird uns deutlich, daß die üblichen Schlagworte von «weichem» oder «hartem» Vollzug leeres Gerede sind. — Ministerialrat A. Wahl vom Bundesjustizministerium Bonn ging den positiven Möglichkeiten nach, die die Strafrechtsreform für die Straffälligenpflege eröffnet. Die Straffälligenpflege gestaltet den Sinn der Strafe mit! Wiederum muß eine wirklichkeitsnahe Kriminalpolitik die Erfahrungen der freien, von Mensch zu Mensch gewagten und geübten Straffälligenpflege beachten. Alle dem Strafzweck entgegenwirkenden Nebenfolgen der Strafe sollten möglichst ausgeschaltet werden, weil die Vernichtung der bürgerlichen Existenz zugleich auch die reinigende Kraft der Strafe aufhebt. Das wichtigste Problem der Reform ist das *Schuldstrafrecht*. § 2 bestimmt: «Wer ohne Schuld handelt, wird nicht bestraft», und «die Strafe darf das Maß der Schuld nicht überschreiten.» Die Neufassung des § 51 nimmt nicht nur das Moment der krankhaften Störung, sondern auch eine seelische Störung auf Grund erworbener Abartigkeit zur Entschuldung oder Schuldminderung auf. Das fordert aber (Schutz der Allgemeinheit!) besondere Sicherungs- und «Besserungs»-

das heißt *Behandlungsmaßregeln* für «Psychopathen» und schwere Neurotiker und einen besondern Typus offener oder halb-offener Anstalten *neben* den Heil- und Pflegeanstalten, den es heute — im Gegensatz zu nordischen und angelsächsischen Ländern — in Deutschland noch nicht gibt. Zuweilen muß Freiheitsstrafe *und* verwahrende Maßnahme verhängt werden («Zweigleisigkeit» der Straftatsanktion). Die Reform steht — wie ähnliche Unternehmungen der Menschengeschichte — unter der Tragik des *Schleiermacherschen* Worts: «Eine Zeit trägt die Schuld der andern Zeit, weiß sie aber selten anders zu lösen als durch neue Schuld.» Wir dürfen nicht müde werden in tatkräftigem Bestreben, den Vollzug weitgehend zu differenzieren und dabei die «Schlechtweg-gekommenen», vor allem die nahezu Lebensuntauglichen nicht zu überfordern! Sehr ernst sollte auch die von der englischen Pra-

xis kommende Anregung genommen werden, daß das untersuchungsrichterliche Team, das die Schuld des Täters festzustellen hat, die Vorstrafen nicht erfährt. Wie ungenügend, pharisäisch und feige zugleich ist aber weithin noch die Einstellung der Allgemeinheit gegenüber allen «Schwachen»! All diese Schwierigkeiten müssen zugleich gesehen, dürfen aber nur Schritt für Schritt in Angriff genommen werden (so z. B. auch ein dringend nötiges neues Straftilgungsgesetz! Oder die Auflage der Wiedergutmachung bereits durch das Urteil, spätestens aber im Rahmen der Bewährungsauflagen!). Halten wir unsere Augen offen und sehen wir, was wir *jetzt* und *hier* tun können, jeder an seinem Platz und über alle Kanäle, die uns zur Legislative und Exekutive hin offen sind!

Gerhard Bartning

Deutscher Evangelischer Kirchentag in München

Vom 12.—16. August fand in der Hauptstadt Bayerns der 9. Deutsche Evangelische Kirchentag statt. Jeder Morgen wurde mit einem Fanfarenstoß auf Kirchtürmen und Plätzen begonnen. Der Kirchentag will eine schläfrige Christenheit wecken und aufrütteln. Er geht deshalb auch neue Wege. Das ausgefahrene Geleise des kirchlichen Traditionalismus wird vermieden. Das Turmblasen der Posaunenchöre hatte etwas Erfrischendes an sich. Der Kirchentag will zugreifen und anpacken. Er bringt eine große Bewegung nicht nur in die Christenheit Deutschlands, sonst wäre der Anteil der Ökumene nicht so groß gewesen. Der ungeheuren Wucht des vor dem 60 Meter hohen Stahlkreuz machtvoll gesungenen «Ein feste Burg ist unser Gott», von 5200 Bläsern begleitet, konnte man sich nicht entziehen.

Der Kirchentag ist ein öffentliches

Ereignis. Die Mauern der Kirche, die so oft zur Welt bestehen, werden abgebrochen. «Gemeinde ohne Mauern», das ist der Auftrag der Christenheit, wie der Leiter des Seminars für kirchlichen Dienst in der Industrie, Pastor Symanowski, in seinem impulsiven Vortrag betonte. Entsprechend der Bedeutung der Christenheit in der Welt wurden die Arbeitsgruppen Staat, Wirtschaft und Massenmedien gebildet. Wären sie für den einfachen Christen noch etwas konkreter formuliert gewesen, so wären sie wohl noch mehr beachtet worden. Unter Massenmedien wurden die drei großen F: Film, Funk und Fernsehen verstanden. Die erweiterte Bezeichnung der Arbeitsgruppen in «Arbeit und Wirtschaft» und «Volk und Politik», wie dies an den frühern Kirchentagen der Fall war, hätte sich wohl nur günstig ausgewirkt. Unter anderem wurde zu Versicherungsproblemen «Versichert,

aber nicht geborgen» und zur brennenden Frage «Wann wird Leistung zum Götzendienst» Stellung genommen. Zur letzteren Frage äußerte sich in klarer Weise der Zürcher Theologe Prof. Dr. Arthur Rich. Wenn der Mensch zum bloßen Leistungsfaktor entwürdigt wird, ist Leistung Götzendienst. Die leistungsfähige Wirtschaft hat ihre Aufgabe, Werkzeug Gottes bei der Beschaffung des täglichen Brotes für alle Menschen zu sein. Im Sektor Staat kreuzten in brüderlicher Weise der SPD-Bundestagsabgeordnete Fritz Erler und der schleswig-holsteinische Kultusminister Edo Osterloh von der CDU die Klingen. Der Öffentlichkeitscharakter des Kirchentags wurde auch dadurch betont, daß ein bewußter Kontakt mit der Presse gepflegt wurde. An die 600 Pressekarten waren ausgegeben worden und täglich fand eine Pressekonferenz statt. Erstmals erschien die Kirchentagszeitung in zwei Ausgaben. Nach dem Kirchentag soll ein Berichts- und ein Dokumentarband im Buchhandel erscheinen. Die Verleger suchten mit den prominenten Referenten ins Gespräch zu kommen, um ihre Werke für den betreffenden Verlag zu gewinnen. So wird zum Beispiel im Christian Kaiser Verlag, München, in einer Gegenüberstellung ein Band mit den Bibelarbeiten von Prof. Gollwitzer, Berlin, und Dozent Hamel aus Naumburg in der DDR erscheinen, deren Hallen immer überbesetzt waren. Vom diesjährigen Kirchentag wurden zwei Filme gedreht, um den Gemeinden auch visuell einen Eindruck vermitteln zu können. Das Fernsehen trat täglich auf den Plan. So wurde auch die zweistündige Schlußkundgebung auf der Theresienwiese übertragen. Täglich fand auch rund ein Dutzend Rundfunkübertragungen statt.

Der Kirchentag ist außerdem ein gesamt-deutsches Ereignis. Die Kirche kann nicht durch Grenzen halbiert werden. Mit Nachdruck wurde daran festgehalten, auch wenn höchstens 1000 Christen aus der DDR kommen konnten und 26 Prediger für den Sonntagsgottesdienst in letzter Minute an einer

Ausreise verhindert worden waren. Die Einheit kam wohl am klarsten im Gebet zum Ausdruck. In ganz Deutschland wurde für das Gelingen des Kirchentags gebetet. In allen Kirchen wurde über denselben Bibeltext gepredigt. Die Festgottesdienste der Bischöfe Dibelius und Krummacker wurden im Radio übertragen. Unter den weiteren Predigern seien erwähnt Pastor Friedrich v. Bodelschwingh aus Bethel, Münsterpfarrer Lüthi aus Bern und Methodistenbischof Sigg aus Zürich.

Der Kirchentag wird je länger je mehr auch ein ökumenisches Ereignis. Rund 3000 Gäste aus der Ökumene hatten die Reise zum Kirchentag unternommen. Unter den Gästen figurierten Erzbischof Kiivit von der estländischen Kirche, Dr. Visser't Hooft, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, und Professor Littell aus den USA, der an der Schlußkundgebung das Grußwort der Ökumene überbrachte. 82 Kirchen aus 23 Ländern waren vertreten. Auch einige Angehörige der orthodoxen Kirchen waren zugegen. Es ist verständlich, daß in dem mehrheitlich katholischen München in einer Arbeitsgruppe auch das angekündigte ökumenische Konzil berührt wurde. Mit Dankbarkeit stellte man fest, daß viele Katholiken Zimmer für die Kirchentagsgäste zur Verfügung gestellt hatten, wobei das Jesuitenkloster und der Kardinal nicht zurückstanden.

Der Kirchentag ist auch ein kulturelles Ereignis. Das Kulturprogramm war außerordentlich reichhaltig ausgefallen und die verschiedenen Anlässe waren bald ausverkauft. Chöre aus der DDR sangen herrliche Oratorien. Große Dramen von Priestley, Shaw und Wilder wurden aufgeführt. Verschiedene Laienspielgruppen zeigten beachtliche Leistungen. Besonders hingewiesen wurde auf zwei Spiele, in denen das Volk Israel im Zentrum stand. Ein besonderer Abend war den Juden gewidmet, an dem für den Aufbau einer Synagoge in Deutschland gesammelt wurde. In Dachau wurde ein Kranz niedergelegt. Die Compagnons du

Jourdain sangen Negro-Spirituals. Die Jugend zeigte ein trübes Kabarett. Selbstverständlich wurde auch auf die berühmte Pinakothek hingewiesen. Eine große Kunstausstellung zeugte vom Wirken Ernst Barlachs, dessen Spiel «Die Sündflut» auch aufgeführt wurde. Zum Thema «Pfingsten» hatte unter Malern und Graphikern ein Preisausschreiben stattgefunden, dessen Ergebnisse in einem Saal zu besichtigen waren. Unter den liturgischen Geräten aus neuerer Zeit wurden die Abendmahlsgeräte von Zürich - Schwamendingen besonders gerühmt. Die Buchverkaufsausstellung zeugte von dem umfangreichen evangelischen Schrifttum, wobei auch die Werke schweizerischer Autoren immer wieder ins Blickfeld gerieten.

In der unablässig strömenden Bewegung, im riesigen Angebot eines Kirchentages braucht es aber auch Pole der Stille. Ein schönes Gleichnis dafür ist die modernste Kirche Münchens, die St. Matthäuskirche, die vom wogenden Verkehr am Sendlinger-Tor-Platz umspült ist. Selbst die moderne

Architektur vermochte wirklich Stille zu vermitteln. In dieser Bischofskirche hatte man immer wieder Gelegenheit, das Abendmahl zu empfangen. Am Rande des Kirchentagsgeländes waren Baracken zur evangelischen Beratung aufgestellt. In Fragen des Rechts, der Ehe, der Erziehung und des Berufs standen bekannte christliche Persönlichkeiten mit ihrem Rat zur Verfügung. Eine Kirchentagsschar, bei der auch diese Belange zu ihrem Recht kommen, kann nicht Masse sein. Der Kirchentag ist keine religiöse Mustermesse.

Die Entfaltung der Kirchentagslosung «Ihr sollt mein Volk sein» an der Schlußveranstaltung war immer wieder unterbrochen durch ein Trompetensignal. Der Kirchentag als Ganzes kann als Signal bezeichnet werden. Er möchte nicht sich selbst dienen, sondern das Signal zum Aufbruch in die Welt geben. Der Kirchentag sucht die Laien zu mobilisieren und sie für das christliche Zeugnis im Alltag auszurüsten. Dafür darf man den Initianten dankbar sein.

Hans Bühler

